

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 74. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 1. März 2012, 15.30 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen	1 - 32
Herr Dr. Arnulf Matting gemäß Beweisbeschluss 17-8	

* Hinweis:

Die Korrekturen des Zeugen Dr. Arnulf Matting (siehe Schreiben vom 16. März 2011, Anlage) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 15.53 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dann eröffne ich die öffentliche Sitzung des Untersuchungsausschusses. **Einziger Punkt unserer Tagesordnung** ist ja heute:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Dr. Arnulf Matting
gemäß Beweisbeschluss 17-8

Ihn darf ich herzlich in unserer Mitte schon das zweite Mal begrüßen. Herr Dr. Matting, herzlich willkommen!

Ich bitte die Vertreter der Medien um nicht so besonders viel, jedenfalls nicht - - Unseren hauseigenen Journalisten begrüße ich natürlich besonders herzlich. Aber ich muss ihm nicht sagen, dass Sie freundlicherweise Ton-, Film- und Bildaufnahmen einstellen möchten; denn die sind nie begonnen worden.

Ich möchte aber die Zuschauer und Zuhörerinnen darauf aufmerksam machen, dass es den Besuchern von Ausschusssitzungen auch nicht erlaubt ist, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches in den Sitzungssaal mitzunehmen, und möchte Sie auch bitten, Ihre Handys auszumachen, weil wir wissen, dass Handys heute eigentlich nur noch in der Nebensache zum Telefonieren verwendet werden und viel mehr für viele andere Dinge.

**Vernehmung des Zeugen
Dr. Arnulf Matting**

Ich darf Sie, Herr Matting, darauf hinweisen, dass wir wie auch beim letzten Mal eine Tonbandaufnahme der Sitzung anfertigen, die ja ausschließlich dem Zweck dient, das stenografische Protokoll der Sitzung zu erstellen. Die Aufnahme wird dann nach Genehmigung des Protokolls gelöscht.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-8, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Für Ihre heutige Vernehmung hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit mit Schreiben vom 10. Januar 2012 eine Aussagegenehmigung erteilt. Die ist als MAT A 215 verteilt.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss unedlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, so bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Nein, das ist mir alles vom letzten Mal noch ziemlich bekannt. Und ich habe auch nichts zu verbergen, will mich gern an die Wahrheit halten. Ich meine, wenn Sie der Meinung sind, man sollte mich für, sagen wir mal, fünf Jahre hinter spanische Gardinen bringen, kann ich sagen: Dann machen Sie das. Dann habe ich für den Rest meines Lebens ausgesorgt. Ich bin 75 Jahre alt. Nach fünf Jahren werde ich 80 nach Adam Riese, und - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Diese Meinung, Herr Dr. Matting - da kann ich Sie beruhigen -, hat in diesem Ausschuss noch niemand geäußert. Außerdem sind wir in diesem Ausschuss auch gar nicht dazu befugt, ein solches zu tun. Also liegt das weit fern. Ich muss Ihnen diese formalen Dinge

noch mal fürs Protokoll nahebringen und war fast gewiss, dass Sie das alles schon vom letzten Mal kennen. Es ist aber so, dass wir eine solche Zeugenvernehmung sozusagen dann noch mal eben auch unter diesen formalen Bedingungen machen müssen.

Deshalb muss ich Sie jetzt der Form halber auch noch mal darum bitten, dass Sie uns Ihren Namen kundtun und sagen, wie alt Sie sind. Das Alter haben Sie eben gerade schon gesagt. Und ich möchte Sie darüber hinaus noch fragen, ob denn die für Ihre Ladung verwandte Adresse noch korrekt ist.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Gut. Mein Name ist noch immer Arnulf Matting, meinerwegen auch Dr. Arnulf Matting. Ich wohne auch immer noch da, wo ich schon bei meiner letzten Einvernahme gewohnt habe. Mein Geburtsdatum ist immer noch der 27. März 1937. Und das sagt dem Kenner, dass ich fast auf den Tag genau jetzt zehn Jahre im Ruhestand bin. Na gut, daran werde ich nachher noch Reflexionen knüpfen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Denn Sie wissen, Herr Dr. Matting, worum sich dieser Ausschuss eigentlich kümmert, nämlich um die Frage, ob es denn im Bereich der Entscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben untertägig und keine weiteren Standorte obertägig zu erkunden, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Und darüber hinaus beschäftigt sich der Ausschuss auch aktuell mit der Frage, inwiefern denn das Erkundungskonzept in den Jahren 1997/98 eventuell verändert worden ist.

Wenn Sie wünschen, dann haben Sie wie beim letzten Mal auch nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Sonst würde ich gleich mit den Fragen beginnen. Aber ich habe aus unserem Vorgespräch entnommen, dass Sie gerne vortragen würden.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, ich würde gerne einleitend etwas sagen wollen, was mir durchaus - wie soll ich sagen? - am Herzen liegt. Ich hatte ja eben schon angedeutet: Ich bin jetzt fast auf den Tag genau zehn Jahre im Ruhestand. Ich hatte, als ich damals - wie gesagt, vor zehn Jahren - in den Ruhestand ging, wenn Sie diese bildliche Formulierung akzeptieren, meine berufliche Festplatte rigo-

ros gelöscht, um nämlich ein neues Leben zu beginnen: ein Leben, das meinen persönlichen Interessen gewidmet war. Nicht dass ich Schwierigkeiten mit meinem Beruf hatte; aber ich wollte durchaus mal etwas anderes machen, und das hat mich doch sehr gereizt, diesen Weg zu gehen. Und ich glaube, dass ich da einen doch vollständigen Bruch mit meiner Vergangenheit zuwege gebracht habe.

Als ich dann Anfang letzten Jahres zum ersten Mal in Kenntnis gesetzt wurde, dass mich dieser Ausschuss als Zeuge einvernehmen will, habe ich mich ein wenig vorbereitet, und zwar ganz überwiegend anhand von den paar Unterlagen, die ich sozusagen zur Dokumentation meines eigenen Lebens mit nach Hause genommen hatte, also Berichte der Bundesregierung und ähnliche Dinge. Und ich kann mich entsinnen, dass mir - und so was vergisst man selbst in seiner Altersweisheit nicht - irgendeiner von Ihnen dann gesagt hat: Matting, da sind Sie aber gut vorbereitet. - Demgegenüber habe ich dann zur Kenntnis nehmen müssen, dass in irgendeiner Veröffentlichung in einem der Medien gesagt wurde: „Der Matting ist offensichtlich dement“, weil ich auf etliche sehr detaillierte Fragen, auf die ich gar nicht vorbereitet sein konnte - und mancher Sachverhalt war ja auch schon 30 Jahre zurückliegend -, eben nicht vernünftig antworten konnte, sondern zugeben musste, dass ich eben diese Frage nicht beantworten kann. Dann gleich auf Demenz zu schließen - - Gut, mich hat das so sehr nicht geärgert.

Gut. Anfang Februar wurde ich erneut angesprochen, der Ausschuss werde mich wohl ein zweites Mal als Zeuge einvernehmen wollen. Gut, ich hatte dann gebeten, man möge mir doch dann auch die Themen ein wenig konkretisieren, damit ich mich vielleicht etwas zielgerichtet vorbereiten kann. Gut, also ich meine, dass es dann Mitte Februar war - so um den 15. herum -, dass das Einladungsschreiben kam und insoweit dann sicher war, dass ich zum 1. März eingeladen oder vorgeladen worden war. Viel Zeit, mich da konkret vorzubereiten, hatte ich nicht - ich bitte, das schon mal jetzt sagen zu dürfen -, nicht zuletzt deswegen, weil meine Frau krank zu Hause liegt und das natürlich dann auch ein bisschen Konzentration kostet und natürlich auch Zeit.

Als ich dann anfang, mich ein wenig auf das heutige Geschehen vorzubereiten, fiel ich dann sehr bald über eine - jetzt weiß ich

nicht, was ich sagen soll - Pressemitteilung der Grünen, und zwar im Anschluss an die Vernehmung von dem Walter Kühne, und habe da also doch mit - wie soll ich sagen? - Erschütterung und Empörung, das darf ich wirklich so sagen, lesen müssen, dass ich im Zusammenhang mit einer handschriftlichen Notiz auf einem der Vorgänge namentlich genannt wurde mit der Zielsetzung, ich habe den Kollegen, sehr geschätzten Kollegen Kühne angewiesen, einen bestimmten Vorgang aus den Akten zu nehmen. Und dann wurde daran die Spekulation geknüpft, dass dieses Herausnehmen aus den Akten möglicherweise symptomatisch jedenfalls für eine bestimmte Zeit im BMU sei.

Ich habe dann diese Sache anhand der Originalakte nachprüfen wollen, die ich natürlich nicht zu Hause hatte, und habe mir diese handschriftliche Notiz angeguckt, kam zu dem Ergebnis, dass es gar nicht heißt „aus den Akten nehmen“, sondern „aus den Akten suchen“, was so ziemlich das genaue Gegenteil ist von „nehmen“; denn wenn ich etwas aus den Akten suche, weil ich auch einleitend gesagt hatte, dieser Kasus sollte noch mal auf Ressortebene besprochen werden, dann sollte dieser Vorgang Grundlage sein, um das mit dem Ressort hier, dem Wirtschaftsministerium, zu besprechen. Und nicht „aus den Akten nehmen“, mit anderen Worten: diesen Vorgang verschwinden zu lassen, was sowieso hirnrissig gewesen wäre, weil der Parallelvorgang dann eben beim Wirtschaftsministerium sowieso gewesen wäre - - Das Herausnehmen aus den BMU-Akten wäre also ohne Effekt gewesen.

Als ich mir das dann angeguckt habe und zu dem Ergebnis kam: „aus den Akten suchen“ und nicht „aus den Akten nehmen“, fand ich im Übrigen auch ein Schreiben, das der von mir, nochmals gesagt, sehr geschätzte Ex-Kollege Kühne hier an die Frau Vorsitzende gerichtet hat, in dem er diese Sache noch mal darstellt und dann auch so ein bisschen, na ja, so ein bisschen drumherum erzählt, wie diese ganze Sache zustande gekommen ist.

Ich muss sagen: Ich bin also wirklich enttäuscht, dass in dieser Runde mit Bundestagsabgeordneten, die ja so etwas wie Vorbildfunktion haben sollen, ein solcher Quark gemacht wird. Und jetzt kann man spekulieren, ob die betreffenden handelnden Personen entweder nicht lesen konnten oder nicht lesen wollten oder hier möglicherweise ganz bewusst die Gelegenheit ergriffen haben, um

über die Randfiguren Kühne und Matting der Politik eins hinter die Ohren zu hauen. Also, da will ich jetzt nicht beliebig spekulieren. Aber es gibt verschiedene Möglichkeiten, zu spekulieren. Da können wir gerne spekulieren. Ich bin sowieso herzlich daran interessiert, hier ein aufklärendes Wort von Ihrer Seite zu erfahren; denn ich fühle mich hier wirklich absolut zu Unrecht in den Senkel gestellt. Das habe ich nicht geschrieben. Das ist objektiv richtig, dass ich es nicht geschrieben habe. Ich will hier auch nicht sozusagen weltweit über das Internet denunziert werden; denn so ist das ja.

Und ich darf bei der Gelegenheit - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Da ist eine Entschuldigung fällig!)

- Also, eine schlichte Entschuldigung wäre schon mal ein Anfang; aber ich glaube nicht, dass ich damit zufrieden bin. Das steht im Internet drin und wird jetzt also dauerhaft für alle Ewigkeit mit meinem Namen verbunden.

Eine zweite Sache, die mich dann auch ein wenig enttäuscht hat, ist: Als ich dann im Internet ein bisschen nachguckte, fand ich auch vom Deutschen Bundestag hier so eine Sache.

(Der Zeuge hält ein Schriftstück hoch)

Da steht derselbe Salat auch drin, dass dem Herrn Kühne da ein solcher Vorgang vorgehalten wurde, „auf dem sich der handschriftliche Zusatz des damaligen Unterabteilungsleiters im BMU, Arnulf Matting, befand, in dem er vorschlug, einen Ergebnisvermerk aus den Akten zu entfernen“ usw. Gut, das ist objektiv falsch. Und dass sich auch hier der Bundestag mit Bundesadler hinter diese erfundene Story stellt, muss ich sagen, empört mich ehrlich, ohne dass ich jetzt hier besonders erregbar wäre. Fast hätte ich gesagt: Die Weisheit des Alters ist vielleicht schon über mich gekommen, aber offenbar noch nicht zu 100 Prozent, dass ich das so ohne Weiteres wegstecken würde. Also, da sage ich mal in aller Nachdrücklichkeit: Das ist ein Vorgang, der mich also wirklich getroffen hat und der so nicht stehen bleiben kann.

Wenn ich da noch eine kleine Reflexion anschließen darf, dann die, dass Sie ja hier als Bundestagsabgeordnete - wie sagt man? - unter dem Schirm des Art. 46 Abs. 1 Grundgesetz stehen, nämlich Indemnität und Immunität. Da können Sie sagen, was Sie wollen; die irdische Gerichtsbarkeit erreicht

Sie nicht, es sei denn, die Immunität wird aufgehoben. Gut, aber wann wird das schon - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Irgendwann überschreitet der Zeuge seine Befugnisse! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Entschuldigung, ich finde, da ist mal Sendepause auf Ihrer Ecke! - Weitere Zurufe)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf - -

(Zuruf des Abg. Dr. Matthias Miersch (SPD) - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

Ich darf darauf hinweisen, dass die Sitzungsleitung bei mir ist, und ich erteile dem Zeugen das Wort.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Unverschämte ist so etwas!)

Bitte schön, Herr Dr. Matting.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, ich wollte nur darauf hinweisen: Sie leben unter dem Schirm des Art. 46 Abs. 1 Grundgesetz, der aber eine Ausnahme vorsieht. Sie dürfen alles machen, alles sagen, mit Ausnahme verleumderischer Beleidigungen. So. Und da sage ich mal in aller Nachdrücklichkeit - -

(Zuruf der Abg. (Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Bitte?

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es geht jetzt zu weit, Herr Dr. Matting!)

- Nein, nein, nein, nein. Das ist genau richtig. Nein, nein, Frau Kotting-Uhl.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau richtig! Erst mit Dreck werfen, und dann darf er sich nicht verteidigen! Das ist ja unverschämte! - Gegenruf des Abg. Dr. Matthias Miersch (SPD): Es steht dem Zeugen ja frei, dann den Rechtsweg zu beschreiten! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Lassen Sie ihn doch ausreden, und unterbrechen Sie ihn nicht immer! Halten Sie doch den Mund, und lassen Sie ihn reden! - Gegenruf des Abg. Dr. Matthias Miersch (SPD): Seien Sie mal ruhig! -

Gegenruf des Abg. Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ich würde jetzt mal ganz kleine Brötchen backen hier bei so einer Sache!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte Sie bitten, Herrn Dr. Matting ausreden zu lassen. Wir haben uns hier ausführlich, stundenlang über diesen Vermerk unterhalten und mehrere Zeugen zu diesem Vermerk befragt. Und von daher gehört es sich einfach, dass der Zeuge Matting jetzt zu diesem Vermerk, den er selbst angefertigt hat - - sich zu äußern. Und ich habe großes Verständnis für Herrn Dr. Matting, dass er, dem ja direkt sozusagen ein solcher Vermerk zugeschrieben worden ist und eine Aussage zugeschrieben ist, man möge eine Akte aus den Unterlagen nehmen, mit den entsprechenden beamtenrechtlichen Konsequenzen, sich dazu ausführlich äußert. Genau das macht Herr Dr. Matting jetzt. - Bitte schön.

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Dann soll er das tun!)

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, lassen Sie mich ein paar Worte noch sagen. Wir können das gerne diskutieren. Ich spreche es ja deswegen auch so pointiert an, damit wir das diskutieren. Ich möchte wissen, woran ich bin. Ich möchte hier nicht aus diesem Saal gehen, ohne dass ich meine Meinung nicht¹ [sic!] artikuliert habe und ohne zu erfahren, wie Sie sich eigentlich die Bereinigung dieses Vorgangs denken; denn dass er nicht richtig ist, das haben wir, glaube ich, alle begriffen, denke ich mal.

Und ich wollte nur sagen: Verleumderische Beleidigung ist eine Ausnahme. Und ich habe mich noch nicht entschieden, was ich mache. Aber im Zweifelsfalle werde ich über diesen Weg versuchen, die Sache klarzustellen.

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Das ist Ihr gutes Recht!)

Man kann an den Bundestagspräsidenten schreiben zum Beispiel. Man kann also jetzt hier irgendwo - ich meine, das würde wahrscheinlich Ihnen bevorzugt einfallen - irgendwas ins Internet stellen, was Diffamierendes. Das will ich aber nicht machen. Oder jedenfalls wäre das nicht der Weg, der mir in

¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „nicht“, Anlage

erster Linie einfielen. Aber hier mit so einer lauwarmen Erklärung - tut uns leid², oder was weiß ich wie - will ich heute Abend nicht nach Hause gehen. So.

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Bitte?

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Nein, die wird es
auch nicht geben!)

- Okay, ja; das sagen Sie mir nachher.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Wir dürfen nichts
sagen, sondern nur fragen!)

Ich meine, wenn ich dann noch einen kleinen Nachklatsch machen darf, dann dahin gehend, dass ich mich schon seinerzeit gewundert habe. Hier wird - - Und Frau Vorsitzende hat es ja eben auch noch mal gesagt, dass der Ausschuss die Aufgabe hat, zu untersuchen, ob und inwieweit hier auch in dem Fall Gorleben insbesondere getrickt und manipuliert wurde, auf politischer oder auf sachlicher Ebene. Und da kann ich nur sagen: Was ich nie verstanden habe - und vielleicht kann mir bei dieser Gelegenheit da auch eine gewisse Erleuchtung zukommen heute -: dass hier in Ihrer Beschlussempfehlung etwas drinsteht, was ich, wie gesagt, nicht zu begreifen in der Lage bin - - und meine Ausführungen gerne dazu benutze, mir von Ihnen da ein bisschen Erleuchtung zuteilwerden zu lassen. Da schreiben Sie hier, dass die Bundesregierung da in diesem Kabinettsbeschluss vom 13. Juli 1983 ja die Entscheidung getroffen hat, sich mit der „Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie auf die Erkundung des Standortes Gorleben“ zu beschränken - jetzt mal etwas umformuliert; aber das können Sie ja hier auf Seite 2 Ihres Beschlusses selber lesen.

Und wenn ich dann mal dagegenhalte, also sich hier auf die Erkundung von Gorleben zu beschränken, und zur Kenntnis nehme, dass über 100 Abgeordnete verschiedener Parteien das mit ihrer Unterschrift bestätigt haben, und lese dann mal, was hier in der Kabinettsentscheidung steht unter der Ziffer 6:

Aufgrund der Eignungshöflichkeit
des Salzstockes Gorleben ist³

- notabene⁴ -

derzeit⁵ die Erkundung anderer Salzstöcke nicht erforderlich.

Sollten die untertägigen Erkundungen am Salzstock Gorleben entgegen den bisherigen Erkenntnissen zeigen, dass dieser als Endlager nicht geeignet ist, würde dies nur eine zeitliche Verschiebung zur Folge haben, weil im Bedarfsfall auf der Grundlage von bisher durchgeführten Untersuchungen über eignungshöfliche Salzformationen kurzfristig andere Standorte benannt und aufgrund der bei der Erkundung von Gorleben gewonnenen Erfahrungen rasch erkundet werden könnten und die entstehende Zeitverzögerungen überbrückbar ist.

So. Und da ist ja auch ein weiterer, also nach der deutschen Vereinigung ein weiterer Bericht entstanden. Und ich denke mal, dass wir in anderem Zusammenhang ja auf diese Sache noch mal nachher zu sprechen kommen.

Und das zeigt, dass die Bundesregierung von Anfang an nicht ausgeschlossen hat, dass die Erkundung Gorleben in die Hose geht, und deswegen mithilfe der BGR frühzeitig Maßnahmen ergriffen hat, um in diesem Falle handeln zu können. Und dann zu sagen: „Die Bundesregierung hat beschlossen, sich da auf Gorleben zu beschränken“, ist nach meinem Dafürhalten - ich sage mal ganz, ganz vorsichtig - grenzwertig. Gut; ich will das jetzt nicht weiter ausführen. Aber das ist jedenfalls nicht die Präzision, die ich mir von Bundestagsabgeordneten bei einem ehrlichen Geschäft erwarte.

Das wollte ich jetzt mal so einleitend gesagt haben. Wir werden ja sicherlich da noch das eine oder andere diskutieren können, und ich bin gespannt auf das Ergebnis.

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Ein
Ergebnis werden Sie wahrscheinlich
heute nicht bekommen!)

Ich bedanke mich einstweilen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

² Richtigstellung des Zeugen: streiche „tut uns leid“, setze „tut mir leid“, Anlage

³ Ergänzung des Zeugen: setze „derzeit“, Anlage

⁴ Ergänzung des Zeugen: setze „derzeit“, Anlage

⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „derzeit“, Anlage

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank, Herr Dr. Matting.

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Ein Ergebnis werden Sie heute wahrscheinlich nicht bekommen!)

- Herr Kollege Miersch!

(Dr. Matthias Miersch (SPD): Nein, ich wollte nur die - -)

- Ja, ich wollte auch nur! Ich leite jetzt dieses Gespräch. Und zunächst ist es jetzt in unserem Verfahren so, dass die Vorsitzende erste einleitende Fragen an den Zeugen stellt. Das möchte ich jetzt gerne machen, mit der Bemerkung, lieber Herr Dr. Matting, dass die politische Bewertung dieses ganzen Vorgangs dann tatsächlich diesem Ausschuss obliegt und wir versuchen, durch Befragung von Zeugen, das zu vervollständigen, was wir uns als Bild aus diesen vielen, vielen Akten machen. Das ist eine mühsame Angelegenheit, für uns ganz sicher genauso wie vor allen Dingen für Sie, die Sie sich nach so langer Zeit an Vorgänge im Detail erinnern sollen.

Ich würde Sie jetzt zunächst gerne zu Fragen von Konzeptänderungen befragen, also: Eine Änderung des Untersuchungskonzeptes des Salzstocks Gorlebens, hat es das gegeben? Am 14. April 1982 ist ja ein Rahmenbetriebsplan durch das niedersächsische Oberbergamt dann genehmigt worden, nachdem die PTB den Antrag gestellt hat. Und dieser Rahmenbetriebsplan sieht eine vollständige, das heißt den gesamten Salzstock Gorleben umfassende Untersuchung vor. Das finden wir unter MAT A 139, Band 5, Paginierung 047306 bis 047361.

Die vollständige Erkundung war aber, wie wir alle inzwischen wissen, aus rechtlichen Gründen nicht möglich, einfach deshalb, weil der Bund nicht alle erforderlichen Salzrechte besaß. Das kann man auch noch mal nachlesen, wenn man denn gerne möchte, im Entwurf eines Sachstandsberichts zum Erkundungsbergwerk Gorleben mit Änderungsvorschlägen von BfS und DBE vom 27. Mai 93. Das ist MAT E 7, Band 47, Paginierung 081 bis 092.

Dann heißt es darüber hinaus - um uns diesem Sachverhalt zu nähern - in einem Schreiben von Professor Kaul, Präsident des BfS, vom Januar 1997 an die Umweltministerin Dr. Angela Merkel zur Fortschreibung des Entsorgungskonzeptes - ich zitiere -:

In der Diskussion um Einsparpotenziale hat BfS in Abstimmung mit BGR am 17.12.96 das Konzept vorgetragen, die untertägige Erkundung Gorlebens auf den nordöstlichen Teil des Salzstocks zu beschränken und die Erkundung des südwestlichen Teils für den Fall vorzusehen, dass geeignete Salzpartien im nordöstlichen Teil nicht ausreichend vorhanden sind.

Das finden wir unter MAT A 116, Band 2, Paginierung 131469 bis 134072.

Und Professor Thomauske vom BfS informierte das BMU dann über den Meinungsstand innerhalb DBE, BfS und BGR und gab eine fachlich abgestimmte Handlungsempfehlung insofern, als dass er sagt - ich zitiere -:

Nach gemeinsamer Bewertung von BfS, BGR und DBE ist auf Grundlage der vorhandenen Salzrechte die untertägige Erkundung durchführbar.

Und er hebt dann weiter darauf ab, dass man gar nicht sozusagen bergmännisch erkunden müsse, sondern dass es Reflexionsmessverfahren gebe, indirekte Verfahren, also dass trotz fehlender Salzrechte - - Ich zitiere zum Schluss:

Auf dieser Grundlage ist der Nachweis der Eignung des nordöstlichen Teils des Salzstocks auf Grundlage der heute verfügbaren Salzrechte abschließend führbar.

Das finden wir unter oben angesprochenem Schreiben: MAT A 83, Band 6, Paginierung 329 bis 333.

Herr Rösel, den wir hier ebenfalls als Zeugen gehört haben, und zwar in der Sitzung vom 10.11.2011, hat das so bestätigt und hat gesagt:

... der zugelassene Rahmenbetriebsplan 82 hat sich in dem dort beschriebenen Konzept bis heute eigentlich nicht verändert.

Das finden wir in der endgültigen Fassung des Stenografischen Protokolls der 60. Sitzung auf der Seite 3.

Und Herr Kühne hat uns nun dazu gesagt, den wir am 19.01. dieses Jahres vernommen haben - das finden wir im Stenografischen Protokoll, endgültige Fassung, 68. Sitzung, auf der Seite 6 -:

Die Konzeptänderung bestand darin, dass man bei der ersten Zulassung des Rahmenbetriebsplans eine Erkundung immer abwechselnd vorgesehen hatte: Also der erste Erkundungsbereich liegt dann im östlichen Teil, der zweite im südwestlichen, der dritte wieder im nordöstlichen ... Das war aber nicht zwingend, weil wir ja im Endeffekt nicht aufgegeben hatten, den gesamten Salzstock zu erkunden. Nur die Reihenfolge der Erkundungsbereiche wurde geändert.

Und ich versuche jetzt, zu verstehen: Gab es jetzt eine Änderung des Erkundungskonzepts, oder gab es sie nicht? Also, konnte man sozusagen das vom Rahmenbetriebsplan vorgesehene Erkundungskonzept abarbeiten, oder war das aufgrund der nicht vorhandenen Salzrechte nicht nötig? Hätte man also zum Beispiel eine Änderung des Rahmenbetriebsplans vornehmen müssen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, aus meiner Sicht hat sich natürlich das Erkundungsprogramm geändert, wegen der nicht vorhandenen Salzrechte einerseits - das war sicherlich ein kardinales Argument -, aber auch vor dem Hintergrund, dass es ja mit dem Konrad ein zweites Endlager gab, das zur Folge hatte, dass der Anfall radioaktiver Abfälle, jedenfalls der nicht wesentlich wärmeentwickelnden, deutlich reduziert wurde, mit dem Ergebnis, dass keine Notwendigkeit mehr bestand, Riesenvolumina im Salzstock Gorleben auffahren zu müssen.

Ich kann - ich meine, gerade weil Sie, Frau Vorsitzende, darauf hingewiesen haben, dass ja der Herr Rösel hier schon mal ausgesagt hat - - Ich weiß auch, dass der Herr Rösel, glaube ich, sogar mal als Sachverständiger hier bei Ihnen war und irgendwie eine Expertise wohl auch zu dieser Sache gemacht hat; ich weiß es nicht genau. Von daher sage ich mal: Da gibt es einen so berufenen Mann. Herr Rösel ist - wie soll ich sagen? - an der Spitze des BfS oder der PTB zeitweise gewesen. Er ist Jurist. Er war da von Anfang an eingeschaltet. Also, wenn es einer weiß, dann ist es sicherlich der Herr Rösel. Und da dilettiere ich da nicht rum. So.

Das, was ich weiß, ist, dass - - Gut; ich meine einmal ja dieses Schreiben von dem Herrn Thomauske, das habe ich hier auch. Und der Herr Thomauske schreibt ja hier in seinen ersten Zeilen:

In dem Schreiben des Präsidenten ...

- bla, bla, bla -

vom 07.01.97 hat das BfS zur weiteren Vorgehensweise bei der Erkundung Gorleben vorgeschlagen, die untertägige Erkundung ... auf den nordöstlichen Teil zu beschränken und die Erkundung des südwestlichen Teils für den Fall vorzusehen, dass geeignete Salzpartien ...

usw.

Das heißt, der Thomauske beruft sich schon auf ein Schreiben des Präsidenten, seines Vorgesetzten. Und aus dem könnte ich, glaube ich, auch zitieren. Aber es hat ja jetzt auch keinen Zweck, meine ich, bis - na ja, wie sagt man? - auf Olims Zeiten zurückzugehen, sondern, ich meine, entscheidend ist doch - - Und da möchte ich mal an einem Punkt ansetzen, den ich hier auch schriftlich vor mir habe - und wahrscheinlich kommt ja nolens volens dieses Thema sowieso noch auf -: Das sind diese Konsensgespräche. Und da ist für mich hier ein sehr bezeichnendes Papier ein Gesprächsprotokoll, das der Bundeswirtschaftsminister gemacht hat, abgezeichnet von dem leider vor kurzem verstorbenen Herrn Beschorner, nämlich über ein Gespräch von Bundesminister Dr. Rexrodt und Bundesminister Dr. Merkel mit der E-Wirtschaft und der Kraftwerksindustrie am 13. Januar 1997 im Bundeswirtschaftsministerium. Und da ist, meine ich, ja doch in sehr großer Klarheit die Position sowohl von der Industrie - ich sage mal: E-Wirtschaft plus herstellende Industrie - und die Position der Bundesregierung deutlich geworden. Wichtig war mir - jetzt suche ich gerade; Entschuldigung, wenn ich hier einen Augenblick zögere -, dass also jedenfalls auf keines dieser Projekte verzichtet werden kann. Das heißt also, sowohl Gorleben wird weitererkundet, und Konrad wird weitergemacht. So:

Zum Projekt Konrad ergänzte er ...

Und „er“ ist hier - ich meine, Sie haben das; ich nenne hier möglicherweise einen Reiznamen - nämlich der Herr Hennenhöfer, der jetzt ja wieder Abteilungsleiter ist.

Zum Projekt Konrad ergänzte er,

- Hennenhöfer -

dass man bisher die unmittelbare Umrüstung nach dem Planfeststel-

lungsbeschluß mit Sofortvollzug vorsah und deswegen vorgezogene Maßnahmen vor dem Erlass des Planfeststellungsbeschlusses durchgeführt werden sollten. Jetzige Auffassung sei, nach dem Planfeststellungsbeschluß bei Vorliegen eines Gerichtsurteils in erster Instanz über das weitere Vorgehen zu entscheiden. Zusätzliche vorgezogene Maßnahmen kämen daher ... nicht ... in Betracht.

Das ist eine so eklatante Darstellung dessen, was geändert worden ist, dass das, meine ich, für sich selber spricht, im Falle Konrad. Das muss ich gar nicht weiter kommentieren. Da ist die bis dahin aktuelle Position beschrieben worden, und dagegengestellt worden ist das, was für die Zukunft geplant war, also jetzt zunächst erst mal das Abwarten eines Gerichtsurteils in erster Instanz, um den Bestand dieses Bescheids festzustellen, beim Projekt - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Vorsitzende!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Matting, wir werden ganz sicher auch auf diese Fragen noch kommen. Aber es geht uns einfach tatsächlich darum - auch wenn Sie sagen „Olims Zeiten“; das ist ja alles seit Olims Zeiten -, zu gucken, ob es in den verschiedenen Verfahrensschritten, die es ja gegeben hat, in der Auswahl und in der Erkundung von Gorleben Unregelmäßigkeiten gegeben hat. Einige mögen eine solche Frage als Zumutung empfinden; aber diese Fragen sind ohne Zweifel gerechtfertigt. Der Deutsche Bundestag hat deshalb einen Untersuchungsausschuss eingerichtet. Und deshalb würde ich doch gerne noch mal auf den Kern meiner Frage zurückkommen. Also: Hat es Änderungen gegeben des - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Vorsitzende, wir haben eine Bitte! - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Quelle wüssten wir gerne noch mal! Das ging so schnell!! - Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben es akustisch nicht mitgekriegt!)

- Gerne.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Frau Kotting-Uhl, ja. Ich habe hier ein Exemplar; ich weiß nicht, ob das jetzt hier - - Also, ich habe hier keine Paginierung von Ihnen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein. Aber gibt es denn eine Überschrift? Sagen Sie doch mal, wie der Vermerk denn - -

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja. Das ist ein Protokoll: III B 3 - 02 64 10/8. Das Datum nenne ich gleich; dazu will ich noch eine scherzhafte Anmerkung machen. Es heißt:

Aufzeichnung

Ergebnisse des Gesprächs BM Dr. Rexrodt/BM Dr. Merkel mit der Elektrizitätswirtschaft und der Kraftwerksindustrie am 13. Januar 1997 im BM Wirtschaft.

Und weswegen ich eben da so ein bisschen gezögert habe, war, um mir einen ganz billigen Scherz zu erlauben. Da ist nämlich, was das Datum anlangt, ein Schreibfehler drin: „Bonn, den 17. Januar 1996“. Das kann natürlich nicht 96 sein, wenn das Gespräch selber erst am 13. Januar 97 war. Also, da hat sich die Sekretärin vertan und „96“ geschrieben statt „97“.

(Ute Vogt (SPD): Und von wem war das geschrieben?)

- Also, unterzeichnet bzw. versandt ist das von dem Herrn Beschorner. Er war Referatsleiter im BM Wirtschaft. Und da steht auch richtigerweise: „Bonn, 17. Januar 97“ mit Hausruf usw. Das bezieht sich eben auf dieses Gespräch 13. Januar 1997 im BM Wirtschaft.

Und da ist nicht nur sehr klar dargestellt, was sich da in den Endlagerprojekten getan hat, bisher und zukünftig, sondern da sind auch andere Themen behandelt worden: Castortransporte und Zwischenlagerung; dann geht es um den EPR. Und da ist hinten auch eine sehr detaillierte Teilnehmerliste, wer vonseiten der Elektrizitätswirtschaft teilgenommen hat: Herr Majeswki, Fabian, Hlubek usw. Und vonseiten der Bundesregierung war eben der Bundesminister Dr. Rexrodt mit Mitarbeitern, unter anderem natürlich der Beschorner, der das Protokoll gemacht hat. Vonseiten des BMU ist die Frau Dr. Merkel da, der Staatssekretär Jauck, der Ministerialdirektor Hennenhöfer, und hier natürlich das Würstchen Matting ist auch da.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und jetzt möchte ich noch mal die Initiative ergreifen und versuchen, unser Gespräch zu leiten. Das ist ein interessantes Dokument - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Vorsitzende, dürften wir noch? Ich finde es besonders interessant, weil es kommt - -)

- Frau Kotting-Uhl, Sie sind doch gleich irgendwann dran. Dann können wir über dieses Dokument - -

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist genau so ein Dokument, das wir aus den Ministerien nicht kriegen, und Herr Matting hat es aber! Also gibt es das offensichtlich doch in den Ministerien! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber es ist ja erst mal nicht so schlimm vom Inhalt her!)

Herr Matting, Sie könnten uns vielleicht freundlicherweise - -

(Zuruf der Abg. Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das beruhigt mich schon mal!)

Sie könnten uns freundlicherweise sagen, von woher Sie dieses Dokument erhalten haben.

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

- Nein, das möchte ich jetzt fragen. - Ich frage jetzt, von woher Sie dieses Dokument erhalten haben.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, ich habe dieses Dokument aus dem BMU.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Könnten Sie denn freundlicherweise - -

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Wenn Sie das nicht - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Könnten Sie freundlicherweise, weil wir beiden uns jetzt erst tatsächlich noch über was anderes unterhalten wollen, dieses Dokument dem Ausschuss zur Verfügung stellen? - Dazu möchte das BMU jetzt aber was sagen. Herr Sperling.

RD Peter Sperling (BMU): Herzlichen Dank. - Ich kann Ihnen jetzt leider keine Aufklärung geben, ob sich diese Unterlage auch im BMU-Besitz befunden hat.

(Dr. Matthias Miersch (SPD: Ja, wenn er sie vom BMU hat!)

Wir haben vor circa drei Wochen diesen Vermerk vom Wirtschaftsministerium in Kopie übersandt bekommen und suchen seitdem danach. Ich kann Ihnen jetzt im Moment heute nicht sagen, wie der Stand dazu ist. Das aber nur zu einer Zeitaufklärung. Das ist der Sachstand.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum haben Sie es uns in den drei Wochen nicht gegeben?)

- Weil Sie es einmal haben. Es ist genau die Form, die wir vom Wirtschaftsministerium haben. Und wir suchen anhand dieser Unterlage, ob wir es in den eigenen Akten auch finden. Was sollten wir in der Zwischenzeit machen? Sollen wir Ihnen das Gleiche noch mal geben mit dem Verweis „Wir suchen jetzt danach“? Das macht wenig Sinn.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben es auch vom BMWi nicht! - Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben es gar nicht! - (Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben das von den Energieversorgern inzwischen ähnlich, aber nicht das!)

- Da kann ich Ihnen keine Aufklärung geben.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ich habe das jedenfalls, sage ich mal, nicht im Traum gefunden.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU: Nein! - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das ist alles in Ordnung!)

Ich habe das bekommen. Und ich weiß, weil ich es selber gesehen habe - nicht mal in der Hand gehabt habe; aber es wurde da rumgereicht -, dass es ein Sammelsurium offenbar gibt, mit Protokollen auch - da habe ich mich noch gewundert, wo die jetzt vom Himmel gefallen sind -, von der VDEW zum Beispiel eine ganze Reihe von Protokollen; denn die waren ja mit dabei.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Könnten Sie, Herr Sperling, denn veranlassen, rückfragen, wie auch immer, dass dem Ausschuss diese Unterlagen, die Sie dem Zeugen zur Verfügung gestellt haben, auch zur Verfügung gestellt werden? - Herr Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, ich bin, auch wenn man es von der Opposition wieder nicht glaubt, ja immer dafür, dass es hier mit rechten Dingen zugehen muss.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre schön!)

Herr Sperling, ich sage Ihnen ganz offen: Wir müssen überlegen, ob wir jetzt eine Beratungssitzung machen. Bei aller Liebe: Das geht so nicht. Wir reden seit Monaten um nichts anderes herum als um diese Protokolle. Wir haben dann vonseiten der Energieversorgungsunternehmen welche bekommen. Ich sage noch mal - das ist das Wichtige für die Öffentlichkeit -: Inhaltlich, glaube ich, ist das deckungsgleich mit dem, was wir aus den Protokollen des Energieversorgungsunternehmens wissen. Aber selbst wenn Sie das seit drei Wochen haben, dann müssen Sie, wenn ich das mal etwas soldatisch sagen darf, Meldung machen.

Und ich wende mich auch an die Vertreterin der Bundesregierung. Es ist Ihre wirklich verdammt Pflicht und Schuldigkeit, wenn Sie wissen, dass dieser Ausschuss - - Sie machen uns gerade als Koalitionsfraktionen, darf ich mal sagen, das Leben mit solchen Verhaltensweisen schwer. Warum - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein, nein. Ich möchte das gerne - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein. Ich glaube, wir sollten das im Rahmen einer Beratungssitzung klären.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Es gibt doch eine öffentliche Debatte; das können wir uns doch denken. Insofern liegt mir schon sehr daran, gerade vor dem Hintergrund des

wichtigen Zeugen Matting und dem, was er vorher gesagt hat, die Dinge sofort zu klären.

Ich bitte darum, dass die Fraktionen dieses Dokument bekommen und auf der Grundlage auch dieses Dokuments dann fragen können.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Menzner.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wir können da ja gerne gleich eine Beratungssitzung machen. Aber davor möchte ich Herrn Dr. Matting einfach noch fragen, wie er an das Dokument gekommen ist.

(Dietrich Monstadt (CDU/CSU): Wenn, dann dürfen wir zuerst fragen!)

Hat man Ihnen das unaufgefordert übersandt? Haben Sie danach ersucht? Haben Sie gebeten, genau dieses Dokument zu bekommen, oder ist Ihnen das im Rahmen einer allgemeinen Vorbereitung übersandt worden? Und die Frage wäre für mich dann auch: Wann?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt wirklich Bedarf, mit der Bundesregierung zu beraten. Und von daher würde ich sagen - -

(Dorothee Menzner (DIE LINKE): Die Antwort wäre schon noch wichtig!)

- Die Antwort wäre schon noch richtig. Die würden wir in der Öffentlichkeit - - Das BMU kann uns genauso sagen.

(Johanna Voß (DIE LINKE): Das kann Herr Matting machen! Der Zeuge hat es bekommen! Und wenn Sie ihn bitte fragen würden, wann und von wem!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Matting, wer hat Ihnen das Dokument gegeben, und wann?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ich habe das aus dem BMU. Ich habe gesagt, dass ich - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Von wem?)

- Sekunde.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie ihn reden.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, ich habe gesagt, dass ich wegen dieser anderen Sache, also hier „der Oberaktenvernichter“, zum BMU gegangen bin und von dem Kollegen Bloser weiß - wir kennen uns seit Jahrhunderten; wir haben private Beziehungen; ich sehe auch nicht ein, dass ich die abbrechen soll -, dass er auch zu dieser Frage Entsorgungskonzept usw. einvernommen worden ist. So. Und ich bin zu dem Herrn gegangen, den Sie hier so, wie ich meine, völlig daneben mit „Hase“ bezeichnet haben: „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts.“

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So hat er sich verhalten, ja! - Gegenruf des Abg.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das stimmt auch wieder nicht!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Kollegen! - Herr Matting, ich möchte von Ihnen - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):

Meine Güte! - Eckhard Pols

(CDU/CSU): Schämen Sie sich!)

Herr Matting, ich möchte diese Fragen gerne im Rahmen einer Beratungssitzung gemeinsam mit der Bundesregierung erörtern, weil dieser Ausschuss Beratungsbedarf hat. Wir haben Sie lediglich gefragt, wann Sie, von wem Sie diese Unterlage erhalten haben. Wenn Sie das freundlicherwise beantworten würden, dann werde ich nämlich die Sitzung unterbrechen.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ach, tun Sie das nicht. Nein.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wann haben Sie bitte freundlicherwise dieses Dokument erhalten? In der letzten Woche, in den letzten zwei Wochen, wann auch immer?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, das mag in der letzten Woche oder maximal vor 14 Tagen gewesen sein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut; das ist doch schon was. Und aus dem BMU. Von wem, bitte?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Aus dem BMU und hier von dem „Hasen“.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wie heißt der Kollege, bitte?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Walter Kühne.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Prima. Danke schön. - Damit unterbreche ich die Sitzung.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ich gehe raus?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich bitte auch die Öffentlichkeit, den Raum zu verlassen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
16.38 Uhr - Folgt Sitzungsteil Beratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
17.23 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Dr. Arnulf Matting

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann würde ich die unterbrochene Sitzung wieder eröffnen und würde bitten, die Unterhaltungen am Rande auch wieder einzustellen. - Herzlichen Dank.

Herr Dr. Matting, im Ausschuss sind während der Beratungssitzungen Fragen zu Ihrer Vorbereitung durch das Bundesumweltministerium aufgekommen. Deshalb möchte ich Sie nun fragen: Welche Unterlagen haben Sie aus dem Bundesumweltministerium bekommen, insbesondere hinsichtlich dessen? Also, ist das das, was Sie da jetzt in diese Sitzung mitgenommen haben? Oder gibt es darüber hinaus noch weitere Unterlagen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, ich kann Ihnen genau sagen, weil ich diese Dinge damals geheftet habe, welche Unterlagen ich mitbekommen habe. Ich habe auch ein paar eigene Unterlagen, die ich sehr interessant

finde, die ich - - Entschuldigung, ich weiche der Beantwortung nicht aus, was ich da aus dem Umweltministerium bekommen habe. Aber es gibt ja im Jahre 2010 - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Matting, jetzt - - Es sind wirklich wenige klare Fragen, die wir jetzt klar miteinander -

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Okay.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - besprechen müssen, weil wir nämlich auch wissen wollen, wie wir weiter vorgehen heute. Ich möchte gerne von Ihnen wissen: Welche Unterlagen haben Sie aus dem Bundesumweltministerium zur Vorbereitung dieser Zeugenbefragung heute erhalten? Und haben Sie diese Unterlagen mitgebracht heute in die Befragung? Oder gibt es darüber hinaus noch weitere Unterlagen, die Sie erhalten haben?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ich habe keine weiteren Unterlagen erhalten. Ich habe von dem Herrn Kühne - das sage ich ausdrücklich - seinen Brief an Sie erhalten, weil ich den in den Akten gefunden habe - den habe ich mitgenommen, und darüber haben wir ja nun ausgiebig gesprochen; den habe ich mitgenommen -, und dann hier ein Bündel an Unterlagen, speziell eben zu den Endlagerprojekten Gorleben.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau das, Ministergespräche. Darüber sprachen - -

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Die Ministergespräche.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ministergespräche. Darüber sprachen wir.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die haben Sie auch hier in dieser Sitzung jetzt vorliegen, und die haben Sie aus dem BMU bekommen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Würden Sie freundlicherweise so nett sein,

uns diese Unterlagen auszuhändigen, damit wir diese Unterlagen kopieren können und sie den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen können?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, da wende ich mich hier - -

(MRn Elisabeth Meyer zu Rheda (BMU): Wir haben keine Bedenken dagegen! Wir sind davon ausgegangen, dass der Untersuchungsausschuss diese Akten hat! Wenn da die eine oder andere dabei sein sollte, die er nicht hat, dann müsste man klären, warum! Aber das wird man dann klären! - RD Peter Sperling (BMU): Wir stimmen ausdrücklich zu!)

Für mich sind das keine Geheimdinge. Ich sehe, dass auf etlichen hier schon irgendwelche Signaturen drauf sind.

(Zuruf)

- Bitte?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Und deshalb wäre es ja gut, wenn der Ausschuss mit Ihnen über diese Unterlagen spricht, dass diese Unterlagen auch dem Ausschuss vorliegen. Von daher wäre es sehr freundlich, wenn das Ihr Einverständnis trifft, dass Sie die Unterlagen vorlegen würden. Der Ausschuss würde sie kopieren und an die Mitglieder des Ausschusses verteilen.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Da sage ich: Liebe anwesende Damen und Herren, für mich sind das keine Geheimunterlagen. Die habe ich so erhalten. Viele werden Sie wiedererkennen, weil die auch mit einer entsprechenden MAT irgendwas von Ihnen sind.

(Der Zeuge begibt sich zum Platz der Vorsitzenden und überreicht dem Ausschusssekretariat Unterlagen)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das sind jetzt alles Unterlagen, Herr Dr. Matting, die Sie aus dem BMU erhalten haben?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: So ist es.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Vielen Dank. - Dann würden wir die jetzt kopieren lassen.

Und dann war noch die Frage aufgekommen, Herr Dr. Matting: Mit wem haben Sie denn in Gesprächen sich auf diese Sitzung vorbereitet? Sie hatten eben Herrn Kühne erwähnt.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, ich habe den Herrn Kühne erwähnt, weil der ja nun ausdrücklich hier genannt worden war, und bei dem war ich. Und da kamen wir eben auf diese Sache zu sprechen. Und da hat er mir die ausgehändigt, ohne dass ich mir jetzt im Einzelnen angeguckt hätte, was da drin ist. Das habe ich erst dann zu Hause getan und habe gesehen - ich meine, weil ich die dann auch ein bisschen sortiert habe datumsmäßig -, dass da Unterlagen sind einmal aus dem ministeriellen Bereich, aber auch Dinge aus dem Bereiche der Elektrizitätswirtschaft. Damals war es ja insbesondere die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke, die VDEW, damals mit Sitz in Frankfurt - oder vielleicht auch heute noch; ich weiß es nicht -, die da eine Reihe von Protokollen gefertigt haben, die zum Teil unvollständig sind. Also, in diesem Dossier, das ich Ihnen gegeben habe, sind da zum Teil nur erste Seiten dabei.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Prima. Das wird der Ausschuss gleich sehen. Uns interessiert jetzt tatsächlich - -

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja. Ich wollte nur sagen, Frau Vorsitzende - - Entschuldigung, eine ganz kleine - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ich habe da nichts rausgenommen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, das ist - -

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Da habe ich nichts vernichtet, weil ich ja nun mal der Aktenvernichter - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. Nein, wir gehen davon aus, dass Sie uns diese Unterlagen jetzt so übergeben haben, wie Sie sie aus dem BMU bekommen haben. Das habe ich richtig verstanden?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja. Prima. Dann danken wir herzlich dafür.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Mit einigen Kommentaren von meiner Seite, die Sie - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die wir dann ja auch sehen werden. - Die nächste Frage war tatsächlich: Mit wem haben Sie in Gesprächen diese Sitzung vorbereitet? Da hatten Sie Herrn Kühne genannt. Gibt es weitere Personen, mit denen Sie in Vorbereitung auf diese Vernehmung heute gesprochen haben?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja. Um es ehrlich zu sagen: Ich habe gesprochen mit den Leuten, die mir auch persönlich seit vielen Jahren vertraut sind. Das ist der Dr. Horst Schneider, und das ist der Bloser, der Dr. Manfred Bloser. Mit denen habe ich auch private Kontakte. Wir kennen uns über Jahrzehnte im dienstlichen Zusammenhang. Und wir waren uns einig - und ich hoffe, wir sind das hier auch im Ausschuss -, dass ich meine persönlich-privaten Kontakte deswegen nicht abbreche, weil wir alle hier mal als Zeugen geladen sind. Deswegen haben wir - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es war ja zunächst mal nur eine Frage des Ausschusses: Mit wem haben Sie gesprochen? Das haben Sie uns jetzt genannt. - Herzlichen Dank.

Gibt es denn aus den Reihen der Kolleginnen und Kollegen noch weitere Fragen an den Zeugen, die wir jetzt zunächst nur dafür gebrauchen, um die weitere Vorgehensweise in einer weiteren Sitzungsunterbrechung zu klären? - Frau Kollegin Kotting-Uhl und dann Herr Kollege Miersch. Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Uns hat eben, Herr Dr. Matting, die Aussage etwas irritiert: Sie haben den Brief von Herrn Kühne an die Frau Vorsitzende in den Akten gefunden.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In welchen Akten haben Sie den gefunden?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Was war denn das? Konsensgespräche oder so was. Da ist doch der - - Warten Sie mal; Entschuldigung. Da ist doch der Kühne entsprechend hier in Sachen Aktenvernichtung angemacht worden. Und meine handschriftliche Notiz - den Vorgang mit meiner handschriftlichen Notiz -, die habe ich sehen wollen.

(Der Zeuge hält ein Schriftstück hoch)

Hier ist paginiert 070002 ff. Da wollte ich gerne mir mal angucken: Was hat der Matting damals im Jahre des Heils - wann war denn das? - 96 geschrieben? Das wollte ich im Original sehen. Und als ich diese Akte einsah, fand ich den Vermerk oder diesen Brief an die Frau Vorsitzende und habe gefragt: Kann ich davon eine Kopie haben? - So. Das ist die ganz banale Geschichte, wie ich zu diesem Brief gekommen bin.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann hat Herr Dr. Miersch noch eine Nachfrage.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Ja, und zwar zunächst die Frage, Herr Matting: Waren Sie bei Herrn Kühne im Büro, als Sie diese Unterredung durchgeführt haben bzw. diese Unterlagen eingesehen haben?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja. Ich habe mich angemeldet und gesagt: Ich würde gerne den Hintergrund dieser Geschichte, die ich aus dem Internet habe - - Da würde ich gerne, wie gesagt, meine original handschriftliche Anmerkung sehen. Herr Kühne - der ja hier genannt wird -, kann ich das bei Ihnen machen? - Und auf diese Weise ging ich in sein Büro. Auf diese Weise habe ich mit ihm persönlich geredet. Und bei dieser Gelegenheit unter anderem hat er mir dann diese Unterlagen gegeben, die jetzt gerade hier multipliziert werden.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Können Sie kurz, damit ich mir ein Bild machen kann - - Als Sie in das Büro kamen, waren da Aktenbestände, aus denen Sie das entnommen hatten? Hatte Herr Kühne - -

(Zuruf)

- Nein, das ist für mich schon sehr wichtig. - Hatte Herr Kühne diese Unterlagen einzeln vor sich liegen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, ich meine, mich zu erinnern, dass er da einen Aktenordner hatte; einen schmalen sehe ich vor meinem geistigen Auge. Was da jetzt im Einzelnen drin war, weiß ich nicht. Ich hatte den Eindruck - aber das war mein subjektiver Eindruck -, dass das ein sehr viel Mehr an Unterlagen ist, von denen ich da sozusagen einige Exzerpte habe, zum Teil unvollständig - ich wiederhole das; hat mich selber gewundert -, zum Teil eben ausführlich mit Teilnehmerverzeichnissen usw.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Dieser Vorgang, aus dem Sie zitiert hatten, bevor wir hier unterbrochen hatten - diese Gespräche, Ministergespräche etc. -, kam der auch aus diesem Aktenordner, oder woher?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ich habe in den Ordner nicht reingeguckt.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Hatte Herr Kühne Ihnen dann diesen einzelnen Vorgang gegeben, aus dem Sie zitiert haben? Oder wie muss man sich das vorstellen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, er hatte mir hier so ein, also dieses Dossier so gebündelt - - Ich glaube, ich habe noch zwei Dinge raufgetan, die das Projekt Konrad betreffen, was also nicht, mit anderen Worten, zu Gorleben gehört. Das habe ich, glaube ich, hier meinerseits noch hinzugetan. Aber das andere ist so von ihm, wenn auch in einer anderen Ordnung, mir so übergeben worden. Mein Verständnis war, um mich zu wiederholen: als Auszug aus dem umfangreicheren Aktenpaket, das er da hatte, das ich aber nicht mal in der Hand hatte, geschweige denn eingesehen habe.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Dieses umfangreiche Aktenpaket, das war dieser kleine Ordner, den Sie meinten?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Dieser schmale, also nicht der volle Ordner, so ein Leitz-Ordner, sondern ein - -

Dr. Matthias Miersch (SPD): Können Sie mir dann noch sagen, wann Sie bei ihm gewesen sind, zeitlich?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Es kann ja also maximal vor 14 Tagen gewesen sein.

Also, den Tag weiß ich nicht mehr. Wir haben uns da am Telefon verabredet - kann ich mir das mal angucken? -, ich fuhr dann zu ihm, und wir haben also diese Sache bere-det. Und - - Ja, gut; das war es. Aber auf den Tag und die Stunde kann ich das leider nicht mehr festlegen.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Okay. - Und ich gehe davon aus, weil Sie diesen Vor-gang - Ihr handschriftlicher Vermerk - ja hier auch problematisiert haben, dass Herr Kühne schon als Zeuge vernommen worden ist.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, ja. Na klar.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Der war vernommen, nicht?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, ja.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Okay.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Wenn ich die-sen Vorgang nicht gehabt hätte,⁶ im Internet gefunden hätte, -

Dr. Matthias Miersch (SPD): Okay, al-les - -

Zeuge Dr. Arnulf Matting: - wäre ich ja nie auf die Idee gekommen, den Kühne überhaupt anzusprechen.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Okay. - Und das war Ihr Anlass auch, dann zu Herrn Kühne zu gehen und zu sagen: „Was haben die da eigentlich mit mir gemacht?“ bzw. „Was haben die - -

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Richtig. Klein-haargenau⁷ so ist es gewesen. Ich habe das gelesen und dachte: Mein Schwein pfeift; da muss ich mich mal persönlich drum küm-mern.

Dr. Matthias Miersch (SPD): Okay, dan-ke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Danke. - Jetzt hat Frau Menzner noch eine abschließende Frage.

⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „gehabt hätte“, Anlage

⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Kleinhaargenau“, setze „Haargenau“, Anlage

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, ich habe noch zwei Fragen. - Sie waren bei Herrn Kühne in Bonn, oder wo haben Sie den getroffen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: In Bonn, ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): In Bonn.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ich wohne ja auch nicht allzu weit entfernt, nicht direkt in Bonn, aber - -

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also in seinem normalen Dienstbüro?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: In seinem normalen Büro, ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie ha-ben vorhin auch einen Brief angeführt, den Herr Kühne an Frau Flachsbarth, hier an die Ausschussvorsitzende, geschrieben hat.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): War der bei dem Aktenpaket dabei, oder - -

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das hat er gerade gesagt.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay. - Und sind Sie von noch jemand anderem aus dem Umweltministerium vorbereitet worden? Oder war das die einzige Vorbereitung?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Menzner, auch das habe ich gefragt. Wir haben jetzt keine normale Berliner Run-de. Herr Dr. Matting hat gesagt, mit wem er Kontakt hatte, nämlich mit Herrn Kühne, mit Herrn Schneider und mit Herrn Dr. Bloser.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, also wirk-lich mit diesen drei.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wir sind ja jetzt nicht in einer normalen Berliner Runde, sondern wollten nur diese Fragen mit dem Zeugen geklärt haben, um jetzt die Sit-zung abermals zu unterbrechen - die Kopien dauern noch ungefähr zehn Minuten -, Ihnen

dann die Kopien auszuhändigen, die Sie dann bitte freundlicherweise durchsehen wollen, um dann zu entscheiden, wie wir letztendlich mit dieser Sitzung fortfahren.

Herr Dr. Matting, dann -

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, schmeißen Sie mich raus.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: - haben Sie jetzt noch eine kleine Pause, mindestens von einer Viertelstunde, eher von 20 Minuten. - Ich unterbreche die Sitzung für uns, also für die Abgeordneten und die Mitarbeiter, für zehn Minuten. Sobald die Kopien vorliegen, müssen wir ja dann bitte weiter beraten.

(Unterbrechung des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
17.39 Uhr - Folgen Sitzungs-
unterbrechung und Sitzungsteil Be-
ratung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils
Zeugenvernehmung, I: Öffentlich:
18.52 Uhr)

**Fortsetzung der Vernehmung des
Zeugen Dr. Arnulf Matting**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: So, Herr Dr. Matting, dann begrüßen wir Sie ein weiteres Mal hier in unserer Runde.

Ich möchte Ihnen folgende Beschlusslage des Ausschusses über das weitere Verfahren mitteilen: Ich werde jetzt nur noch eine weitere Frage an Sie richten bezüglich der Unterlagen, die Sie uns freundlicherweise ausgehändigt hatten, und danach werden die Kolleginnen und Kollegen Sie im Rahmen einer Berliner Runde befragen. Dann werden wir es sicherlich so ungefähr 8 Uhr, ein bisschen nach 8 Uhr haben. Dann werden wir die Sitzung beenden, und es steht zu erwarten, dass wir eine weitere Vernehmung von Ihnen anberaumen werden, über deren Zeitpunkt wir noch nicht entschieden haben.

Das würden wir dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Anschluss an die öffentliche Sitzung kurz noch machen, dass wir wissen, wann wir die nächste Vernehmung von Herrn Dr. Matting terminieren würden.

Herr Dr. Matting, wir haben von Ihnen dankenswerterweise diese Unterlagen bekommen und eine handschriftliche Notiz von Ihnen darauf vorgefunden - das hatten Sie

uns ja eingangs gesagt, dass Sie da eine Bemerkung draufgeschrieben hatten -, und zwar auf dem Protokoll des Gesprächs der Bundesminister Dr. Rexrodt und Bundesministerin Dr. Merkel. Und zwar haben Sie darauf geschrieben:

Aussagen zu den beiden Endlager-
projekten stimmen im Wesentlichen
mit meinen seinerzeitigen hand-
schriftlichen Notizen überein!

Und die Frage des Ausschusses ist nun: Gibt es diese Unterlagen, diese handschriftlichen Notizen noch, und könnten Sie diese handschriftlichen Notizen dem Ausschuss zur Verfügung stellen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, da merke ich schon, dass ich da einen kapitalen Fehler gemacht habe, weil ich natürlich nicht davon ausging, dass ich Ihnen diese Sachen mit meinen handschriftlichen Notizen überlasse.

Ja, ich habe von diesem Gespräch handschriftliche Aufzeichnungen gefunden und hatte das mal eben verglichen und festgestellt - ich meine, das hatten Sie eben gesagt; Entschuldigung, wenn ich das hier so primitiv wiederhole -, dass das, was da von dem Kollegen aus dem Wirtschaftsministerium notiert wurde, sich jedenfalls mit meinen Notizen deckt. Und insoweit bringt es eigentlich nichts, wenn ich Ihnen meine sowieso schwer lesbare Handschrift, wie ja so hier die ganze Diskussion des heutigen Nachmittages zeigt, überlasse und dann möglicherweise wieder Irritationen entstehen: „Da haben Sie aber dies geschrieben“, und so. Also, insoweit: Freiwillig mache ich das nicht. Wie gesagt, ich habe nichts zu verbergen. Also, Entschuldigung, da ist jetzt wirklich keine Vorsicht auf meiner Seite am Walten. Aber ehe wir dann wieder hier die Grafologen einschalten und dann möglicherweise neue Diskussionen führen müssen - - Also, das möchte ich eigentlich nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. Herr Dr. Matting, der Ausschuss hat natürlich jederzeit die Möglichkeit, einen entsprechenden Beweisantrag zu stellen, und dann wären Sie sozusagen von Gesetzes wegen auch formal aufgefordert, diese Unterlagen dem Ausschuss beizubringen. Es gibt natürlich immer gerichtlicherweise die Möglichkeit, dagegen vorzugehen.

Ich darf Ihnen vielleicht sagen, dass dieser Ausschuss tatsächlich inzwischen eine gewisse Routine entwickelt hat beim Umgang mit handschriftlichen Unterlagen. So haben wir die Unterlagen oder Tagebücher eines ehemaligen Ministers auszugsweise abgeschrieben und dann auch tatsächlich mit ihm noch mal verglichen, damit uns das eben nicht passiert, dass wir Dinge lesen, die gar nicht drinstehen.

Also, diese Möglichkeit gäbe es. Aber wenn Sie sagen, dass Sie die Unterlagen nicht zur Verfügung stellen wollen, ist das selbstverständlich in Ordnung, und der Ausschuss würde dann im Weiteren beraten, wie er mit dieser Auskunft umgeht.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, ich will mich nicht gegen vernünftige Einwände richten und mich hier groß sträuben. Ich habe, wie gesagt, da nichts zu verbergen. Aber ich meine, dass nach den Erfahrungen da eigentlich nicht viel rauskommt, zumal ich ja eben - - Und ich meine, ich habe das ja ganz unschuldigerweise draufgeschrieben, als ich noch gar nicht wusste, dass ich wegen dieser Sache angesprochen werden würde.

Ich habe das jedenfalls in den kardinalen Aussagen verglichen und eine Identität hergestellt; denn, ich meine, das ist von daher, ich sage mal, schon eklatant offensichtlich, weil ja das, was der Kollege Beschorner da gemacht hat, wahrscheinlich - aber ich weiß es nicht - im Entwurf an den BMU gegangen ist, nach dem Motto: Seid ihr damit einverstanden? So. Dann ist das also gegengecheckt worden, nicht zuletzt deswegen, weil, wie die Unterlage es ja auch zeigt, mein damaliger Abteilungsleiter Hennenhöfer eine zentrale Rolle bei der Definition des Ganzen gespielt hat. Und von daher wird das sicherlich dann auch mit dem BMU abgestimmt worden sein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Matting, das steht ja im Moment gar nicht zur Frage, wir stellen das alles auch gar nicht in Abrede, sondern die Frage war nur, ob Sie uns diese Unterlage aushändigen wollen oder nicht. Ich entnehme Ihren Worten, dass Sie das nicht möchten. Der Ausschuss wird sich sicherlich in einer nächsten Beratungssitzung noch mal mit diesem Sachverhalt befassen und möglicherweise einen entsprechenden Beweisantrag stellen; aber das steht im Belieben des Ausschusses.

Ich verzichte nun auf mein weiteres Fragerecht und gebe das Fragerecht zugleich an die Kollegen der Unionsfraktion. - Bitte schön, Herr Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich möchte gerne auf einen Punkt zu sprechen kommen, Herr Dr. Matting, und zwar hat es eine Studie zu Ersatzstandorten für ein nukleares Endlager gegeben. Die BGR hat da entsprechende Überlegungen angestellt, auch verschiedene Standorte sogar. In einer Pressemitteilung findet sich das auch definiert. Gleichwohl ist damals - das ist MATE 9, Band 54, dann die Seiten 051 ff.; die Pressemitteilung kennen wir aber auch von anderen Zeugenvernehmungen - eine Pressemitteilung Ihres Ministeriums am 28. August 1995 herausgegeben worden, bei der dann - -

Obwohl Gorleben nun gerade nicht Gegenstand dieser Studien war, weil es ja darum ging, mögliche Ersatzstandorte zu definieren, wird also in dieser Pressemitteilung in der Oberzeile Frau Merkel zitiert mit: „Salzstock Gorleben bleibt erste Wahl“. Dieses hat auch schon in den vergangenen Wochen wiederum zu Presseveröffentlichungen der Opposition geführt, weil gesagt worden ist: Da wird ja ein völlig falscher Eindruck erweckt, weil eben Gorleben ja gar nicht Gegenstand der Studie war. - Können Sie aus der Erinnerung, vielleicht auch was politische Überlegungen angeht, erinnern, warum man damals diese Pressemitteilung, insbesondere was die Überschrift angeht, so abgefasst hat?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Herr Abgeordneter Grindel, ich weiß, dass derartige Studien gemacht worden sind, und ich meine, auch vorhin schon mal erwähnt zu haben, dass es Anliegen der Bundesregierung war, Alternativen bereitzuhaben für den Fall, dass Gorleben sich als ungeeignet erweisen sollte. Und insoweit war es nur logisch und konsequent, dass im Jahre 95 - ich meine, für das Gesamtgebiet des vereinigten Deutschland - eine solche Studie gemacht wurde, wie sie in den 80er-Jahren schon gemacht worden war für den Bereich der damaligen Bundesrepublik. Also, von daher noch mal gesagt: logisch und konsequent, wenn man das, was man in den 80ern gemacht hat, auf das Gesamtgebiet des vereinigten Deutschland ausweitete.

Genaue Erinnerungen an diese Studie habe ich nicht, aber ich muss sagen: Ich bin über eine solche Überschrift - - Und ich habe den Vorgang gelesen. In der Sache hier im Zusammenhang mit dem Kollegen Bloser ist das ja auch schon verhandelt worden. Ich muss sagen: War mir also überhaupt nicht erstaunlich, dass hier so ein Titel dieser Presseerklärung gewählt wurde und warum. Natürlich bleibt Gorleben erste Wahl; aber wenn ich eine aufwendige Studie mache und da, was weiß ich, hunderttausend Alternativstandorte untersuche, dann fragt sich doch die verehrte Öffentlichkeit gut Deutsch gesagt: Cui bono? Wem nützt das, was soll das?

Und das ist eine Vorsorgemaßnahme. Und aus meiner Sicht ist das eine politische Feststellung, keine fachliche Feststellung, eine politische Feststellung: Wir bleiben bei Gorleben. Oder wenn ich das anders formuliere: Gorleben bleibt erste Wahl; da machen wir weiter bis zum Beweis des Gegenteils. Aber das zeigt: Wir haben hier weitere Standorte in petto, wenn es denn so sein muss. - Und ich finde das völlig in Ordnung.

Und Herr Bloser hatte ja irgendwas erzählt - ich meine, hier ausweislich dieser, ja, was immer das ist, Presseerklärung, die ich hier gelesen habe -, dass da er diesen Titel nicht gewählt hat, sondern dass da also diverse Hierarchieebenen infrage kommen können. Und da sage ich mal: Da bin ich gerne, um die Sache noch mehr zu verwirren, bereit, zu sagen: Ja, okay, es muss ja keine Hierarchieebene gewesen sein, sondern da war selbstverständlich auch das Pressereferat dabei.

Und möglicherweise ist das gar nicht von einer - ja, wie soll ich sagen? - fachlichen Ebene so formuliert worden. Dagegen spricht, dass eben Gorleben nicht expressis verbis in dieser Studie abgehandelt worden ist, sondern von einer mehr, ja gut, ich sage mal, übergeordnet politischen Ebene. Und dazu rechne ich auch mal die Presseerklärung. Denn die Pressestelle wird sich natürlich gefragt haben: Ja was soll das? Wie verkaufe ich das der Öffentlichkeit? Und da wird dann eben gesagt: Ja, Gorleben bleibt erste Wahl. - Also, ich fand das so natürlich, dass ich mich wundere, dass hier so viel diskutiert werden muss und, jetzt mal selbstkritisch gesagt, dass ich hier selber so viele Worte verwenden muss. - Entschuldigung.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also verstehe ich Sie richtig, dass Sie sagen: Die Überschrift hatte die Funktion, politisch insbesondere Bewohner der Regionen, in denen mögliche Ersatzstandorte liegen, zu besänftigen, dass man sagte: „Ihr müsst jetzt nicht davon ausgehen, dass da nun unmittelbar jetzt Untersuchungen und Ersatzüberlegungen getroffen werden, sondern nach wie vor ist Gorleben bis zum Beweis seiner mangelnden Geeignetheit das, was wir politisch anstreben“? Hatte also diese Überschrift vor allen Dingen, ich sage mal, eine politische Beruhigungsfunktion? Habe ich Sie so richtig verstanden?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, so kann man das sagen. Ich meine, ob ich das jetzt formuliert hätte im Sinne von Beruhigungsfunktion - - sondern es ist eine Bestätigung der bisherigen Linie. Und wenn Sie wollen, ist das natürlich direkt oder indirekt auch eine Bestätigung für die Bevölkerungen an den genannten Standorten. Das mag schon sein.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie waren ja damals im Umweltministerium selbst dabei. Heißt aber nicht auf der anderen Seite, dass eben es solche Studien gab, dass die These, die es ja manchmal auch gibt: „Man hat bei Gorleben alles auf eine Karte gesetzt“, auch nicht richtig ist, sondern - und da würde mich auch interessieren, wie weit auch die Bundesumweltministerin damals das positiv begleitet hat - dass man schon auch gesagt hat: „Wir wollen gewappnet sein, wenn sich Gorleben als nicht geeignet herausstellt“?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Herr Abgeordneter, genauso ist es immer gewesen. Und wenn ich sage „immer“, dann sage ich das ganz bewusst, weil schon zu Zeiten anderer Regierungen mit anderen Regierungschefs das die Maxime war. Bei meinem ersten Auftritt habe ich das ja anhand verschiedener Berichte darzulegen versucht. Jetzt habe ich die nicht mehr mitgebracht, weil ich nicht dachte, dass wir darauf noch mal eingehen; aber, ich meine, das lässt sich ja aus diversen Entsorgungsberichten ableiten.

Ich meine, damals - und insoweit bedaure ich ja fast, dass es da eine Änderung gegeben hat - hat es ja eine Vielzahl von oder, ich sage mal, regelmäßige Berichte der Bundesregierung zum Stand der Entsorgung gegeben, ganz unterschiedliche Regierungen, die

da das Sagen hatten. Und da ist das immer unbestritten gewesen, dass das die Maxime war, und - ich meine, vorhin hatte ich das schon zitiert - ja auch noch mal bestätigt worden in dem Kabinettsbeschluss von - was war das? - 83.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie sind ja lange dabei gewesen. Also würden Sie sagen: „Unter der Bundesumweltministerin Merkel hat sich, gerade was die Frage - - auch alternative Standorte immer mit in Blick zu nehmen, gegenüber ihren Vorgängern nichts verändert“?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Da kann ich - Entschuldigung, wenn ich hier irgendwie penetrant naseweis erscheine - auf Kontinuität verweisen. Das habe ich auch bei der letzten Einvernahme schon gesagt. Aus meiner Sicht hat sich bei dem Übergang vom Bundeskanzler Schmidt auf Bundeskanzler Kohl nichts insoweit, meine ich, geändert. Das ist meine feste Überzeugung. Und ich kann da nichts feststellen, was jetzt also einen wirklichen Bruch darstellen würde. Nein, ich würde hier schon von Kontinuität reden.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Matting. Ich darf die Befragung fortsetzen.

Wir beschäftigen uns ja heute schwerpunktmäßig mit der Zeit „Umweltministerin Merkel 1996/97“. Und diese Zeit war ja unter anderem auch durch die Gespräche der Bundesregierung, einerseits ja mit Energieversorgern, aber auch mit der SPD-Opposition, insbesondere unter dem Stichwort „Konsensgespräche“, geprägt.

Wir haben jetzt in den Unterlagen eine Reihe von Protokollen von Sitzungen gefunden, die auf unterschiedlicher Ebene stattfanden, also zum Beispiel zwei Ministergespräche Merkel/Rexrodt auf der einen Seite, Vorstände von Elektrizitätsversorgungsunternehmen auf der anderen Seite, einmal 5. Dezember 96, einmal 13. Januar 97, und eine Reihe von Sitzungen eines Arbeitskreises „Optimierung Endlagerung“, der dann auf Fachebene, muss man sagen, stattgefunden hat zwischen Bundesbehörden auf der einen Seite und Elektrizitätswirtschaft auf der anderen Seite, alle ebenfalls in dem Zeitraum Ende 96, Anfang 97. Sie haben ausweislich der Teilnehmerlisten an praktisch allen Sit-

zungen sowohl auf Ministerebene als auch auf Fachebene teilgenommen.

Deshalb meine erste Frage an Sie: Ist das richtig, dass man sich das so vorstellen muss: „Es gab zunächst ein Treffen auf Ministerebene, dann wurde auf Arbeitsebene unter dem Gesichtspunkt ‚Optimierung der Endlagerung‘ vorgearbeitet, um dann wiederum am 13. Januar 97 auf Ministerebene wiederum ein Ergebnis zu haben“? War das so aus Ihrer Erinnerung?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Herr Paul, da sage ich mal ein klares Ja. So ist es gewesen, so ist das dem Grunde nach immer gewesen.

Und ich darf zwei Bitten äußern: Nämlich einmal möchte ich gerne meine Unterlagen wiederhaben; denn da habe ich mir ja auch einige Annotationen gemacht.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Sofort. Ich ging davon aus, dass Sie die schon haben. Entschuldigung.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, die bekommen Sie natürlich sofort wieder. Entschuldigung bitte.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Wenn ich da unter Umständen zitieren soll, will ich das nicht aus dem Kopf tun.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, unbedingt, natürlich.

(Dem Zeugen werden von einer Mitarbeiterin des Ausschusssekretariats Unterlagen übergeben)

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, okay, danke schön. - Die zweite Bitte bzw. die zweite Anregung, die ich geben will, ist die schlichte Tatsache, dass ich mich zunächst mal auf diesen Fragenkomplex vorbereitet hatte. Bevor ich diese Unterlagen, die Sie jetzt auch haben, in die Hand bekam, habe ich mal das schlaue Internet befragt. Und da kann man sehr leicht - Entschuldigung, wenn das jetzt etwas zynisch klingt - hier den Deutschen Bundestag aufrufen und die Bundestagsdrucksachen. Und da habe ich hier ein ganzes Bündel von Unterlagen gefunden, die ich Ihnen sehr angelegentlich zu lesen empfehle.

(Der Zeuge hält Unterlagen hoch)

Da ist nämlich - - Und, ich meine, Frau Kotting-Uhl, Sie sind ja da eine der führenden Persönlichkeiten gewesen. Hier habe ich, was weiß ich wie, die Drucksache 17/1898 vom 02.06.2010: „Energiekonsensgespräche der 12. und 13. Wahlperiode - zeitlicher Ablauf“. Und da gibt es eine ganze Reihe - - Und da gibt es auch - ich meine, Sie haben sich damals über die mangelhafte Beantwortung durch die Bundesregierung so ein bisschen beschwert, wenn ich das alles richtig sehe -, aber da gibt es zum Beispiel hier eine Drucksache 17/1533 vom 29.04.2010; kann jeder sich hier aus der eigenen Raupensammlung rausholen. Da ist hier zum Beispiel:

Die Organisation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war wie folgt konzipiert:

- heißt es -

Eine Verhandlungsgruppe (16 Personen) setzte sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Bundes- und Landesregierungen sowie der sie tragenden Parteien zusammen, namentlich ...

Und dann kommen die Grünen, CDU/CSU, FDP, SPD - mit Namen. Und bei der SPD war zum Beispiel Ministerpräsident Gerhard Schröder, sagt diese Unterlage.

Da können Sie das also bitte genau nachlesen, wer dabei war. Also, da war natürlich damals noch nicht die Merkel, sondern der Töpfer hier als Bundesminister dabei, und aufseiten des Wirtschaftsministers war es eben der Bundesminister Dr. Günter Rexrodt. Und dann gab es:

Eine sog. Arbeitsgruppe (28 Personen) setzte sich zusammen aus Mitgliedern der Verhandlungsgruppe plus je drei Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Umweltverbänden, Elektrizitätswirtschaft und verarbeitender Industrie, namentlich ...

Und dann kommt „Gewerkschaften“: Herr Geuenich, die Monika Wulf-Mathies, Berger. Dann kommen die „Umweltverbände“, „Verarbeitende Industrie“, „Elektrizitätswirtschaft“.

Die erste Gruppe⁸ [sic!] dieser sog. Verhandlungsgruppe fand im März 1993 statt, anschließend folgten weitere Sitzungen.

⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Gruppe“, setze „Sitzung“, Anlage

Die ersten Gespräche endeten „im Herbst 1993 ohne Ergebnis“.

Und dann geht es hier weiter: Dann gab es Expertengespräche im Jahre 1994:

... sechs Gesprächszirkel (Diskussionsrunden unter Mitwirkung von insgesamt über 100 Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Verbänden, Energieagenturen, Forschungsinstituten, Bundesländern und Bundesministerien) ...

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herr Matting, ich möchte ungern unterbrechen, aber meine Frage bezog sich auf die Runde zwischen Bundesregierung einerseits, Energiewirtschaft andererseits. Das, was Sie gerade vorgetragen haben, das waren ja diese Konsensgespräche Bundesregierung/Opposition, also insbesondere eben christlich-liberale Koalition auf der einen Seite, SPD/Grüne auf der anderen Seite.

96/97 gab es Gespräche zwischen Elektrizitätswirtschaft und Bundesregierung, also insbesondere Merkel/Rexrodt. Und da interessiert uns natürlich: Es wird ja oft der Eindruck erweckt, es gab damals ein Gekungel, die Regierung und die Energiewirtschaft, die waren im Prinzip alle unter einer Decke, und da wurde irgendwas dann ausgemacht. War das aus Ihrer Erinnerung so? Oder gab es - und dafür gibt es ja Anhaltspunkte in den Protokollen - handfeste Interessengegensätze zwischen dem, was die Energiewirtschaft wollte im Bereich - wir fokussieren das jetzt mal auf den Untersuchungsgegenstand hier -, wie man mit Gorleben weitermachen sollte? Und wurde dieser Interessengegensatz im Zuge der Verhandlungen dann versucht auszuräumen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, eins, glaube ich, ist ja unbestreitbar: dass in den Gesprächen mit der Industrie versucht wurde, nach Möglichkeit zu sparen. Würde ich etwas anderes sagen, würden Sie wahrscheinlich vor Lachen unterm Tisch liegen. Also, deswegen mache ich diesen Versuch auch gar nicht. Aber, ich sage mal: Auch die Vertreter, Vertreterinnen der Bundesregierung hatten dafür im Grunde ein offenes Ohr. Sie wollten jetzt jedenfalls keine Dinge machen, die in irgendeiner Weise, weil unklug und vorschnell eingefädelt, dann möglicherweise kostenträchtig auf den Bund zukommen.

Deswegen hat man - und ich kann eigentlich wirklich nur sagen, ich meine einfach, weil ich auch diese Unterlagen im Einzelnen, Herr Paul, nicht studiert habe - - Ich meine, Sie können sagen: Sie waren doch dabei, meistens. - Jawohl, streite ich ja gar nicht ab; aber ich habe diese Sachen nicht auswendig gelernt, und ich habe jetzt also hier auch nicht versucht, mich an alle Winkelzüge dieser Gespräche zu erinnern. Ich meine, hier gibt es auch Dinge in diesen paar Unterlagen, die ich Ihnen gegeben habe, und ich meine, da müsste noch sehr viel mehr existieren - da sind eben von dem VDEW Aufzeichnungen gemacht worden -, Dinge, die ich möglicherweise, weil sie intern sind, auch vorher gar nicht gesehen habe. Also, insoweit muss ich sagen: Meine Kenntnis dieses Gesamtdossiers ist eher mangelhaft.

Deswegen hatte ich mich konzentriert auf dieses Ergebnis, 13. Januar 97. Und da war mir eben wichtig - - Und da stimmen meine persönlichen Aufzeichnungen eben überein mit dem, was hier aufgeschrieben worden ist. Da heißt es hier auf Seite 3 oben - wie gesagt, dieser Vermerk über das Gespräch 13. Jänner 97 -:

Auf Bitten von BM Dr. Merkel trug Herr Hennenhöfer (BMU) zu der Thematik vor. Er führte aus, dass keines der beiden Endlagerprojekte, auch wenn man sich Alternativen vorstellen könnte, zur Zeit zur Disposition gestellt werden dürfe.

Ich sage das deswegen ganz bewusst, nicht um die Sache hier aufzuhalten, sondern: Vonseiten des Bundes wird an beiden Projekten festgehalten, und dann kommt diese schöne Parenthese:

... auch wenn man sich Alternativen vorstellen könnte ...

Und das spielt, meine ich, an - und ich habe es hier hingeschrieben; Sie werden es dann in Ihrer Kopie ja sehen; insoweit sage ich das gleich -: Nach meiner Erinnerung war das dann eben der von den EVU favorisierte Gedanke: Wir machen ein Endlager für alle Arten radioaktiver Abfälle, nicht zuletzt deswegen, um eben Geld zu sparen.

Ein Endlager für alle Arten radioaktiver Abfälle, das war aber damals ein Gedanke, den ich seit vielen Jahren kenne. Und ich räume ein: Es hat mich geradezu umgeworfen, als ich in einem Bericht der Bundesregierung aus dem Jahre 1988 - das ist mir noch in Erinnerung - gefunden habe, dass

man sogar mal erwogen hat, die Asse zu einem solchen Endlager zu machen. Aber das sage ich mal so einfach, weil das nachlesbar ist, und nicht, weil ich mich hier in irgendeiner Weise wichtig machen will. Aber so lange kenne ich diesen Gedanken: ein Endlager für alle radioaktiven Abfälle. Gut, die Asse ist ja längst, auch hier 97, aus der Diskussion gewesen; aber der Grundgedanke war immer noch existent. Und insoweit hatte dieser Grundgedanke eine gewisse Tradition.

Und deswegen ist ja dann eben hier beim Konrad - ich hatte das vorhin ja schon ausgeführt - gesagt worden: Okay, wir gucken hier, wie das erste Gerichtsverfahren zum Planfeststellungsbeschluss ausläuft, und vorher machen wir nichts. - Also, diese Sache mit dem Sofortvollzug; Sie werden das ja dann hier sehen. Und beim Projekt Gorleben ist das ja ähnlich gewesen. Ich meine, da haben Sie, denke ich mal, sehr viel konkretere Informationen, einfach weil Sie auch hier mehr Zeugen gehört haben. Und vom Bergrecht verstehe ich sowieso nichts.

Dass man dann gesagt hat: „Der Nordostteil“ - in Abstimmung PTB mit BGR -, oder „die Erkundung des Nordostteils könnte es schon bringen“ - - wobei ich immer wieder nicht müde werde, zu sagen: Wir reden hier von der Erkundung, und Erkundung heißt, die Voraussetzungen schaffen für ein späteres bergrechtliches Verfahren und natürlich dann darüber hinausgehend ein weiteres Planfeststellungsverfahren. Aber irgendwie muss ja ein solches gesetzlich vorgesehenes Verfahren mit Informationen gefüttert werden. Und das soll eben erst die Erkundung bringen. Und ich kann das nicht mit dem feuchten Finger machen, sondern ich muss wirklich zur Tat schreiten: Ich muss den Salzstock - und sei es eben nur den Nordostpart - übertägig und, soweit möglich, untertägig erforschen.

Und erst wenn ich die Ergebnisse habe, kann ich damit in ein Verfahren gehen, und nicht vorher. Also, es ist nicht so, wenn die PTB sagt: „Also, wir erkunden das jetzt irgendwie im Nordostteil“, dass dann bereits am nächsten Tag radioaktive Abfälle da eingelagert werden, sondern hier werden die Voraussetzungen geschaffen, um überhaupt ein Verfahren in Gang setzen zu können. Und deswegen ist alles Lamentieren, dass hier schon - wie soll ich sagen? - radioaktive Stoffe unter Tage gebracht werden, nicht zutreffend.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die SPD-Fraktion.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank. - Herr Dr. Matting, Sie haben ja eingangs noch mal darauf hingewiesen, dass Ihr handschriftlicher Vermerk - ich zitiere nur den letzten Absatz -, wenn ich das richtig verstanden habe, heißt:

Wir sollten diesen Vorgang vorsorglich aus unseren Akten suchen.

Und das heißt „suchen“ und nicht „nehmen“.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Richtig.

Ute Vogt (SPD): Ich will Ihnen dazu sagen, dass mehrere Menschen unabhängig schlichtweg statt „suchen“ „nehmen“ gelesen hatten, weil, sagen wir mal, vom Sprachlichen her man ja auch eher sagen würde: herausuchen oder raussuchen. Und deshalb kam man sinnlogisch sehr schnell auf das Wort „nehmen“. Und wir haben in unserer Vernehmung auch dem Herrn Kühne diesen Vermerk sogar vorgelegt. Er hat natürlich den nicht ganz intensiv studiert, aber auch er kam beim ersten Drüberlesen nicht drauf, dass das „suchen“ heißen könnte statt „nehmen“. Und er hat uns dann in seiner Vernehmung noch mal gesagt - im Protokoll Seite 28 -:

Dazu kann ich gar nichts sagen.
Dazu müssten Sie ihn selber fragen.

Also, als wir ihn nach dem Vermerk gefragt haben. Und genau das tun wir jetzt. Da gibt es also auch keinen Grund, das jetzt irgendwie zu skandalisieren. Es war weder ein beabsichtigter falscher Vorhalt, sondern es war schlichtweg so, dass wir das anders gelesen hatten. Und es hat mit Sicherheit niemand vorsätzlich da Ihnen was Falsches unterstellen wollen; aber mehrere von uns kamen unabhängig jedenfalls zu dem Schluss, dass es anders heißen könnte. Insofern sind wir froh, dass Sie heute noch mal da sind und das klären konnten. - Das wollte ich nur noch mal zur Klarstellung - - dass da nicht was verbleibt, man hätte da absichtsvoll Sie irgendwie falsch interpretiert, sondern es war schlichtweg so, dass wir gar nicht auf die Idee gekommen sind, dass es was anderes heißen könnte, und ja auch sonst niemand.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, okay, dann bringen Sie das bitte in dieser Form in Ihre nächste Presseerklärung, dass da leider ohne Absicht das falsch gelesen worden ist. Also, ich habe mir das damals - habe ich ja tausendmal schon gesagt - bei dem Kühne da raussuchen lassen und bin der Meinung eben - und der Kühne ja spontan auch -: Das heißt „suchen“. Und ich hatte auch gesagt - Entschuldigung, wenn ich das partiell wiederhole -: Es würde ja gar keinen Sinn machen, eine Vorlage aus den Akten zu nehmen, wenn die Vorlage in dem Aktenbestand eines anderen Ressorts sowieso zu finden ist.

Ute Vogt (SPD): Das ist ja jetzt auch geklärt. Insoweit, denke ich, muss man jetzt da nicht über die - - Also, wir wissen ja jetzt, dass es um „suchen“ ging.

Ich wollte noch mal zu dem fragen, was Sie eingangs gesagt haben oder vorhin. Sie haben noch mal erwähnt: Hennenhöfer hat eine zentrale Rolle bei der Definition gespielt. Könnten Sie uns erläutern, was Sie damit meinen? Welche Definition hat Herr Hennenhöfer vorgenommen? Es ging um die Konsensgespräche. Weil, Sie sagten das so - -

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, das, Frau Vogt, will ich gerne noch mal erläutern. Also, jetzt haben wir ja alle diesen Text „Gespräch 13. Januar 97“. Ich meine, ich hatte da ja schon teilweise schon vorgelesen. Da hatte Herr Rexrodt, Seite 2 unten, ausgeführt:

BM Dr. Rexrodt stellte bei Konrad fest, es bestehe Einvernehmen, den Planfeststellungsbeschluss herbeizuführen. Vor Vorliegen dieses Beschlusses dürfe es keine vorgezogenen Investitionen geben.

Und so weiter. Ich meine, Sie haben das ja jetzt vor sich, und ich will Sie da nicht langweilen.

Und dann, auf Seite 3 oben, trug also auf Bitten von Frau Merkel der Hennenhöfer zu dieser Thematik vor. Ich hatte das da mit den Alternativen noch mal erläutert, dass da vonseiten der E-Wirtschaft versucht wurde, da möglicherweise, wenn es denn irgendwie geht, auf ein Endlager für alle Arten abzustellen. Aber darauf hat sich eben rein konzeptionell die Bundesregierung, also sowohl der Wirtschaftsminister wie auch der Umweltminister, nicht eingelassen. Beide Projekte sollen weitergeführt werden mit den Maßga-

ben, die dann hier auf Seite 3, oberster Absatz, genannt sind. Und insoweit: Weil der Hennenhöfer das formuliert hat, war meine Aussage, dass er da eine wesentliche Rolle gespielt hat.

Und im nächsten Absatz wird dann eben von Hennenhöfer präzisiert für das Projekt Gorleben - zweite Zeile, zweiter Absatz -:

Zum Projekt Gorleben führte Herr Hennenhöfer aus, dass ...

Und so weiter.

Und dann heißt es eben hier:

Die Beschränkung der Erkundung auf den Nordost-Teil (so BfS/BGR) reiche zur Beurteilung der Eignung des gesamten Salzstocks aus.

Gut, da kann man jetzt möglicherweise das eine oder andere Haar in der Suppe finden. Aber es war damals eindeutig belegbar, zwischen BfS und BGR abgestimmte Meinung, dass das ausreichen könnte und sollte vor dem Hintergrund - und das wird ja auch da gesagt und sollte nicht vergessen werden -, dass eben der Anfall an radioaktiven Abfällen geringer wird. Und das, in dieser Kombination des Projektes Konrad mit dem Nordostteil Gorleben, sollte eine vernünftige und tragfähige Kombination zur Beseitigung, zur Entsorgung der radioaktiven Abfälle sein, und zwar aller, die in absehbarer Zeit da anfallen werden. Also, beantwortet das Ihre Frage?

Ute Vogt (SPD): Weil Sie jetzt gesagt haben: „Der hatte die zentrale Rolle“, bezog sich das auf das Gespräch? Oder war es insgesamt so, dass Herr Hennenhöfer in Bezug auf die Projektleitung - „Wie geht es weiter mit Gorleben?“ - - Kann ich mir das so vorstellen, dass er insgesamt praktisch auch der Kopf war, der das Ganze etwas gelenkt hat im Ministerium?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, im Umweltministerium sicherlich. Ich meine, die Abteilungsleiter - wem sage ich das - sind ja politische Beamte. Ich war ja nur Fachbeamter. Aber Hennenhöfer als politischer Beamter hat natürlich schon diese Sache gemacht. An der Schnittstelle zwischen Fachbeamten und politischen Beamten hat der Hennenhöfer das sicherlich maßgeblich beeinflusst, in Abstimmung natürlich mit den anderen Institutionen und in Abstimmung mit dem BfS und der BGR. Und die BGR war ja nun mal

sozusagen das geowissenschaftliche Gewissen in der Bundesrepublik.

Ute Vogt (SPD): Nun gab es ja von der BGR diese weitere Untersuchung, von der auch schon die Rede war, wo man verschiedene andere Standorte noch mal untersucht hatte. Und es gibt jetzt aus dem Jahr 1994 einen Vermerk, den Sie gezeichnet haben, in dem Sie - das war MAT A 126/1, Band 8, Vermerk vom 19. Mai 1994 -, selbst darum bitten, dass in den im September dieses Jahres fertigzustellenden Berichten, nämlich über die verschiedenen alternativen Standorte, keine Reihung der betrachteten Standorte vorzunehmen sei. Können Sie uns erklären, wieso Sie so eine Aufforderung abgeschickt haben? Das ist gezeichnet mit „Dr. Matting“. Erinnern Sie sich an den? Oder wollen Sie ihn sehen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, wenn ich lache, dann deswegen, weil ich sicherlich keine einzige Vorlage während meiner beruflichen Laufbahn mit „Dr. Matting“ abgezeichnet habe, sondern in aller Regel mit „Ma“.

Ute Vogt (SPD): Ja, es ist ein längerer; aber ist ja egal. Also, mir geht es ja auch nicht um die Frage, -

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, okay.

Ute Vogt (SPD): - sondern es steht maschinenschriftlich „Dr. Matting“ und handschriftlich aber ein längerer Name, von dem ich davon ausgehen muss, dass es Ihrer ist. Haben Sie es? Ich zeige es Ihnen mal.

(Dem Zeugen wird ein Schriftstück vorgelegt)

Jetzt habe ich es ja selber nicht mehr. - Die Zeit hält gerade an?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, gelesen habe ich es noch nicht; aber das ist jedenfalls hier meine Unterschrift. Und wenn das hier maschinenschriftlich ist, ja gut, dann ist das auch eben hier mit dem „Dr. Matting“ so.

Ute Vogt (SPD): Mich interessiert, warum Sie diesen Hinweis gegeben haben, dass man auf eine Reihung verzichten soll.

(Der Zeuge liest in dem ihm vorgelegten Schriftstück)

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, da kann ich nur das sagen, was wir vorhin schon erörtert haben - und das ist ja im Grunde ein Zusammenhang, der ja unauflösbar ist -: Es ist Gorleben die erste Wahl und bleibt es auch. Und ich habe sicherlich damals auch keinen Grund gesehen, einen bestimmten Standort zu favorisieren, und seien es Standorte unterhalb von Gorleben. Gorleben war damals erste Wahl und war das unbestritten und sollte, meine ich, auch - siehe auch all diese Vermerke - unbestritten bleiben.

Ich gebe Ihnen das gerne dann zurück.

Ute Vogt (SPD): Nein, ich habe es wieder, danke.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ach so, okay. - Und, ich meine, da kann ich und will es mir auch gar nicht verkneifen, noch mal auf eine weitere Unterlage hinzuweisen.

Ute Vogt (SPD): Also, ich würde gern, weil wir ja jeder nur eine Runde haben und die Zeit beschränkt ist, Sie lieber noch mal was fragen im gleichen Zusammenhang.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Frau Vogt, wenn Sie mir eben gerade bitte noch die Paginierung sagen. Sie haben die MAT gesagt, Band 8; aber welche Paginierung, haben Sie nicht gesagt.

Ute Vogt (SPD): Jetzt habe ich es wieder zugeschlagen. 494 - - 265283. - Ich habe nämlich dann aus dem Jahr 95 noch eine Unterlage der BGR gefunden - MAT A 166, Band 6, Paginierung 49 f. Auf Seite 50 steht da zum Beispiel - das ist von der BGR zu dem gleichen Sachverhalt - dann:

Wir stellen noch einmal ausdrücklich fest, dass aus unseren Untersuchungen keine Vergleiche mit Gorleben gezogen werden dürfen.

Und ich kann dann nicht nachvollziehen, wie man dann ein Jahr - - im Grunde am 18.07., in einer anderen Vorlage dann wieder - MAT A 166, Band 6, Paginierung 186 - darauf hinweist, dass keine Notwendigkeit besteht, Ersatzstandorte zum Salzstock Gorleben zu untersuchen, und alle untersuchten Ersatzstandorte haben sich entweder als nicht geeignet oder jedenfalls weniger geeignet als Gorleben herausgestellt. Also, diese Diskrepanz, dass Sie sagen: „keine Reihung“, dass es dann die Aussage gibt: „Ei-

gentlich kann man es gar nicht mit Gorleben vergleichen, weil Gorleben ja also viel tiefer erkundet worden ist als die anderen“, und man schließlich im Juli 95 dann zu dem Schluss kommt: Alle untersuchten Ersatzstandorte haben sich als nicht geeignet oder weniger geeignet herausgestellt. Also, ich kann doch nicht sagen: „Ich kann es nicht vergleichen“, und hinterher aber eine Eignungsaussage dazu machen. Das ist mir unklar, und da hätte ich gern die Erklärung dafür, wie man dazu kommt, eine Eignungsaussage zu machen, wenn man vorher sagt: Man kann es gar nicht vergleichen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo doch die BGR das geowissenschaftliche Gewissen der Bundesregierung war!)

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Na ja, vielleicht habe ich auch nicht ganz verstanden, aber, ich meine, der Unterschied ist natürlich auch in der Erkundungstiefe. Gorleben ist ja seit, weiß ich, 76, glaube ich, untersucht worden übertägig, und in einem gewissen Umfang ja auch untertägig. Ich meine, da sind Schächte gewesen.

Ute Vogt (SPD): Das ist richtig. Aber dann kann ich doch auch nicht am Ende sagen: „Es hat sich herausgestellt, es sei weniger geeignet“, wenn ich, wie Sie sagen, vielleicht gar nicht tief genug gesucht habe.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, die anderen Standorte, weiß ich, Festgestein oder andere Salinare oder so was, sind nicht geeignet? Oder wer ist nicht geeignet?

Ute Vogt (SPD): Die Ersatzstandorte, von denen Sie damals gesagt haben, sie sollen nicht gereiht werden - - wird dann festgestellt in einer Mitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit vom 18.07.95:

Es besteht keine Notwendigkeit, Ersatzstandorte zu untersuchen. Alle untersuchten Ersatzstandorte haben sich entweder als nicht geeignet oder jedenfalls weniger geeignet als Gorleben herausgestellt.

Sind Sie der Meinung, dass man überhaupt eine Eignungsaussage in Bezug zu Gorleben treffen konnte?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Das kommt darauf an, welche Entscheidungskriterien Sie zugrunde legen. Ich meine, wenn Sie, weiß ich, sich übertätig da mal irgendwo auf einen Standort stellen und sagen: „Okay, ist der geeignet oder nicht geeignet?“, dann ist das was anderes, als wenn Sie jahrelang einen Salzstock, zum Beispiel Gorleben, untersucht haben. Und von daher, würde ich mal sagen, ist das nicht oder allenfalls bedingt geeignet, weil man, auch gerade zu Festgestein, ja gar keine Vergleichsmaßstäbe damals hatte.

Ute Vogt (SPD): Aber Sie stimmen dann zu, dass man gar nicht die Geeignetheit beurteilen konnte aufgrund der eher oberflächlichen Vergleiche?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, bei Gorleben hat man auch - jetzt hauen Sie mir was um die Ohren, wenn ich was Falsches sage - nie von Eignung geredet, sondern man hat von Eignungshöflichkeit geredet.

Ute Vogt (SPD): Ja, aber hier redet das Ministerium bei anderen Standorten davon, dass sie nicht geeignet seien oder weniger geeignet als Gorleben.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Gut, ich meine, ein Eignungskriterium - - Kann sein. Und ich weiß - war vor meiner Zeit -, dass verschiedene Salzformationen im norddeutschen Raum untersucht wurden, die dann aber wegfielen, weil zum Teil ein Truppenübungsplatz war, weil zum Teil da ein Wassergewinnungsgelände war und ähnliche Kriterien angewendet wurden, die die Eignung dieses Standortes, abgesehen davon, dass man eben da noch gar nicht tief gebuddelt hatte, von Anfang an ausschlossen.

Ute Vogt (SPD): War das so bei den Standorten, bei denen man damals gesagt hat, Sie wollten keine Reihung festlegen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, jetzt muss ich seriös bleiben und sagen: Ich weiß nicht, welche Standorte da in der Diskussion sind; aber ich kann mir vorstellen, dass die Argumentation so, wie ich sie versucht habe, damals eben zugrunde gelegt worden ist.

Und eine Sache juckt mich hier noch wenigstens kurz zu erwähnen. Ich habe gesagt: Ich will gar nicht groß hier bei diesen Eignungsuntersuchungen oder bei den Kon-

sensgesprächen mal sozusagen in den Urschleim herabsteigen, schon weil ich diese Unterlagen, die ich Ihnen zur Verfügung gestellt habe, da nicht so en détail gelesen habe - manches ja, aber manches ist ja auch unvollständig. Aber, ich meine, eine wirkliche Erlebnisstunde war ja dann das, was in einer weiteren Konsensrunde unter höchster politischer Beteiligung festgelegt worden war. Das ist nämlich diese Sache dann im Jahre 2000. Und da sind ja diese beiden Endlagerprojekte hier

(Der Zeuge hält Unterlagen hoch -
Dr. Matthias Miersch (SPD): Ja, das kennen wir!)

auch in ganz anderem Zusammenhang, in ganz anderer politischer Zusammensetzung behandelt worden. Und da heißt es hier:

6. Schacht Konrad

Die zuständigen Behörden schließen das Planfeststellungsverfahren für den Schacht Konrad nach den gesetzlichen Bestimmungen ab.
Der Antragsteller

- das ist also das Bundesamt für Strahlenschutz -

nimmt den Antrag auf sofortige Vollziehbarkeit des Planfeststellungsbeschlusses zurück, um eine gerichtliche Überprüfung im Hauptsacheverfahren zu ermöglichen.

Wo ist da überhaupt nur ein Papier breit Unterschied zwischen dem, was unter Rexrodt und Merkel verhandelt worden ist?

Und dann heißt es hier in der Anlage 4:

Erklärung des Bundes ...

Und „Bund“ war Bundeskanzler Gerhard Schröder, und Umweltminister war Herr Trittin. Da heißt es hier:

Die bisherigen Erkenntnisse über ein dichtes Gebirge und damit die Barrierefunktion des Salzes wurden positiv bestätigt. Somit stehen die bisher gewonnenen geologischen Befunde einer Eignungshöflichkeit des Salzstockes Gorleben zwar nicht entgegen.

Und da muss man den nächsten Absatz dranbinden:

Allerdings sieht die Bundesregierung im Zusammenhang mit der laufenden internationalen Diskussion die Notwendigkeit, die Eig-

nungskriterien für ein Endlager fortzuentwickeln ...

Und so weiter.

Und dann kommt diese Sache mit dem Moratorium. Und da muss ich sagen: Finde ich okay. Denn es hat natürlich eine internationale Diskussion gegeben. Aber hier wird gesagt: Eignungshöflichkeit klar gegeben. Dass wir Endlagerkriterien uns noch mal überlegen wollen, finde ich persönlich völlig in Ordnung. Und deswegen bin ich mit dieser Sache einverstanden; aber es ist nicht jetzt eine völlige Kehrtwende, ein Überschwenken zu einer genau gegenteiligen Entsorgungsstrategie.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit geht das Frage-recht jetzt an die FDP-Fraktion.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Matting, ich möchte zu einem anderen Fragenkomplex in dieser Zeit kommen. Und zwar ist es ja so gewesen, dass Ende 96 und im weiteren Laufe des Jahres 97 im Bundesamt für Strahlenschutz eine Umorganisation stattgefunden hat. Ihnen scheint der Vorgang bekannt zu sein.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ich kriege Haarausfall.

Marco Buschmann (FDP): Und zwar wurde der Fachbereich ET, den Herr Professor Röthemeyer geleitet hat, umorganisiert dergestalt, dass es dann eine Fachbereichsleitung und FT-E [sic!] und FT-S [sic!] gab. Im Zusammenhang mit dieser Umorganisation gibt es ja die These, dass das möglicherweise ein Instrument war, um einen möglichen Kritiker Röthemeyer kaltzustellen. Im Rahmen unseres Untersuchungsauftrages wollen wir ja herausbekommen, was es damit auf sich hat. Würden Sie uns schildern, was Sie über diese Umorganisation und die Motive, die dahinterstanden, wissen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, hier muss ich schon mal einleitend bekennen, dass ich gar nicht weiß oder gar nicht mehr weiß, wann diese Umorganisation stattgefunden hat. Ich habe das gelesen hier, weiß ich, Internet, Presseerklärung, von irgendjemand, was Herr Rösel gesagt hat, der den Herrn Röthemeyer, ich meine, so sinngemäß

wenigstens oder wörtlich, weiß ich jetzt nicht mehr, als den Zauderer bezeichnet hat, was mich, ehrlich gesagt, gewundert hat; aber ich könnte nachgucken, irgendwo habe ich das ja hier.

Marco Buschmann (FDP): Ja. Wobei uns in erster Linie natürlich interessiert, was Sie selber, also nicht, was Sie später im Internet gelesen haben, in Ihrer aktiven Zeit als Beamter zu diesem Vorgang mitbekommen haben könnten oder mitbekommen haben.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja. Nein⁹, ich gehe auf die Sache deswegen ein und erwähne noch mal das, was Herr Rösel gesagt hat, weil das ja die damalige Stimmungslage bezeichnet. Und diese Stimmungslage wird ja möglicherweise auch zeitnah an das BMU und an andere Ressorts herangetragen worden sein, genauso meinerwegen an die BGR.

Was der Auslöser war, weiß ich nicht. Herr Röthemeyer war von mir immer sehr geschätzt. Er war ja auch mal beim Bundesumweltministerium tätig und hat sich da mit Fragen der Reaktorsicherheit beschäftigt, und insoweit sind wir also wirklich Kollegen gewesen, und ich meine, wir haben uns nicht schlecht verstanden. Er ging dann später zur Physikalisch-Technischen Bundesanstalt, als die noch zuständig war, und ist dann später - ja, was¹⁰ war denn das? - Abteilungsleiter im Bundesamt für Strahlenschutz geworden.

Also, gegen den Röthemeyer habe ich persönlich nichts. Er hat ja da mal eine gewisse Irritation reingebracht bei diesem Gespräch - was¹¹ war denn das? - 83, Mai 83 oder so was, dieses Vorgespräch zu der Kabinettsbefassung, wo er da also sehr deutlich geworden ist, dass das ein sehr hartes Gespräch war, als da angeblich hohe politische Beamte in die Diskussionsrunde reinschneiten. Aber vergessen wir das mal. Den Wosnik: Gegen den habe ich auch nichts.

Wenn also die PTB aus Gründen, die der Herr Rösel schildert hat, und in Abstimmung mit irgendwelchen Organisatoren und in Abstimmung offenbar auch mit der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe sagt: „Wir organisieren das jetzt um“, dann habe ich sicherlich gesagt: „Das ist eure Entscheidungshoheit“; denn der Wosnik

⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Nein“, Anlage

¹⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „was“, setze „wann“, Anlage

¹¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „was“, setze „wann“, Anlage

ist zwar der Bergmann da gewesen, sage ich mal, aber er ist nicht der einzige. Die Sicherheit - weiß ich - der Endlagerprojekte hängt nicht ausschließlich von einer Person ab, ob sie jetzt Röthemeyer oder Wosnik oder Matting oder Meier oder Müller heißt, sondern das ist ein Zusammenspiel von sehr vielen Stellen, und es ist ja auch immer so, dass auf der einen Seite meinetwegen die Ministerien - - das BfS als sozusagen Antragstellerseite ist, aber das, was das BfS produziert - auch bergrechtlich - ja immer durch die Finger der Bergbehörden läuft. Da müssen ja Anträge gestellt werden, und die gehen nun mal an die Bergbehörden, Bergamt, Oberbergamt, da auch niedersächsische Ministerien usw., und insoweit ist das ja nie eine Einzelentscheidung einzelner Persönlichkeiten, die über das Wohl und Wehe eines Endlagerprojektes entscheiden.

Insoweit sage ich noch mal: Das ist immer Teamwork. Da mag auch mal der eine oder andere ein bisschen durch die Röhre gucken. Jetzt sage ich mal: Alle, die mal in einer Hierarchie gearbeitet haben, wissen, dass man manchmal etwas verblüfft dasteht und sagt: „Warum wird der befördert und ich nicht?“, und so stelle ich mir das also auch in dieser Situation vor. Welche Rolle ich da gespielt habe: Möglicherweise habe ich da mal mit dem einen oder anderen geredet, aber ich halte das für eine autonome Entscheidung des Bundesamtes für Strahlenschutz, die sich, wie ich wohl weiß, da auch haben organisationstechnisch beraten lassen.

Marco Buschmann (FDP): Ihnen ist also nichts bekannt, dass auf informelle Art und Weise möglicherweise der Behördenleitung zu verstehen gegeben worden ist, dass vonseiten des BMU da eine Erwartungshaltung besteht? Oder wurde da in irgendeiner Form informeller oder formeller Druck ausgeübt, in Form von Gesprächen, off the records, Telefonaten, dass man da mal - ich sage mal flapsig - den Röthemeyer irgendwie in den Senkel stellen soll? Ist Ihnen da irgendwas bekannt geworden, sei es durch eigene Wahrnehmung oder durch irgendwas, was man auf den Fluren des Hauses gehört haben könnte?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, da kann ich nur wirklich mit Hand aufs Herz sagen: Ist mir jedenfalls nicht mehr bekannt. Ich habe gegen den Röthemeyer überhaupt nichts gehabt, gegen den Wosnik, mit dem ich we-

niger zu tun hatte, auch nicht. Wenn das da im internen Betrieb so verstanden wurde: Der eine ist der größere Zauderer, wie der Herr Röseler das ja gesagt hat, und der Wosnik hatte auch irgendwelche Attribute: Gut, dann ist das - meine ich - deren Angelegenheit. Ob da einer im BMU oder beim Wirtschaftsministerium da mal gesagt hat: „Den müsst ihr da mal irgendwie ein bisschen an die Kandare nehmen“, ist mir nicht bekannt. Wie gesagt: Ich kann das nur aus meiner persönlichen Erfahrung heraus sagen. Meine ich: Ist da nichts Persönliches gewesen.

Marco Buschmann (FDP): Herzlichen Dank. Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht weiter an die Fraktion der Linken. Bitte schön.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Matting, ich möchte noch mal zurückkommen zu dieser besagten Presseerklärung aus dem Jahr 95, die da lautete: „Gorleben bleibt erste Wahl“. Das ist ja schon ein bisschen ungewöhnlich: Man hat eine Studie, wo ein Standort nicht untersucht wird, und dann kommt da so ein Titel bei raus.

Ich möchte in dem Zusammenhang zitieren aus dem Stenografischen Protokoll 72 vom 09.02.2012, vorläufige Fassung. Das ist die Vernehmung von Dr. Bloser. Das findet sich auf Seite 46. Da geht es um den Titel „Gorleben bleibt erste Wahl“. Auf die Frage, ob er, Herr Bloser, das sozusagen da reingeschrieben hätte, antwortet Herr Bloser - das zitiere ich jetzt -:

Nein, weil ich ja in der - - Ich habe das nicht reingeschrieben. Das wäre ja auch ... nicht sachgerecht gewesen. Die Studie betraf ja ganz etwas anderes. Warum sollte ich dann also plötzlich einen Vergleich ziehen? Im Übrigen wäre es auch totaler Unsinn, einen Vergleich zu ziehen. Ich habe ja ausgeführt: Bei den Standorten, die die BGR genannt hat, lagen nur Papierdinge vor. Aus Archivdaten haben die das im Wesentlichen gemacht. Bei Gorleben waren wir ja schon wesentlich tiefer. Da verbietet sich schon ein Vergleich, weil der Erkenntnisstand ein ganz anderer ist.

Würden Sie an der Stelle, Herr Matting, Herrn Bloser widersprechen und sagen: Nein, das war üblich, und das war kein totaler Unsinn, so einen Vergleich zu ziehen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, der Herr Bloser ist als zuständiger Referatsleiter an diesen Dingen sicherlich sehr viel dichter und persönlicher dran gewesen als ich. Aber er sagt ja, einen Vergleich Gorleben mit den untersuchten oder da genannten Standorten hat es nicht gegeben, und Gorleben sei ja gar nicht genannt worden. Und deswegen ist ein solcher Vergleich auch nicht möglich.

Ich hatte vorhin gesagt: Wenn die Presseerklärung, die dann ja vom Umweltministerium abgegeben worden ist, die Überschrift trägt - ich kann mich da, ehrlich gesagt, nicht dran erinnern, aber wenn das so ist; ich habe hier auch die grüne Presserklärung¹² da und habe das da gelesen - - Wenn Bloser - - Oder: Wenn diese Überschrift gewählt worden war, dann - ich darf das wiederholen, was Sie vorhin gesagt haben - ist das mehr ein politisches Statement, als dass das jetzt wirklich eine fachbezogene Äußerung ist. Es ist einfach, um Klarheit zu schaffen, gesagt worden: Wir untersuchen vorsorglich Standorte - ich kann das nur immer wieder sagen -, aber Gorleben bleibt für uns erste Wahl.

Und ich weiß nicht, wer diese Überschrift gewählt hat, und ich hatte vorhin gesagt und will das durchaus wiederholen, dass das möglicherweise ja auch das Pressereferat gewesen sein kann, die sich einfach die Frage gestellt haben: Was soll der geneigte Leser mit dieser Studie? Wie bringen wir die in die Öffentlichkeit?

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich will Ihnen diese Überschrift ja auch gar nicht unterschieben, aber sie ist natürlich missverständlich zumindest, weil natürlich der geneigte Leser annehmen könnte, die Studie hätte das ergeben, dass Gorleben jetzt aus geologischer Sicht oder so erste Wahl wäre, und nicht aufgrund einer politischen Entscheidung, weil man halt schon viel Geld reingesteckt hat und da am weitesten ist und am meisten Erkenntnisse hat.

Haben Sie sich da in dem Zusammenhang nicht veranlasst gesehen, Frau Ministerin Merkel zumindest vor so einer Missverständlichkeit zu warnen, oder haben Sie mit-

bekommen, dass das jemand anderes getan hat, weil - ich sage mal - missverständlich kann ja auch Probleme verursachen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Frau Abgeordnete, bei allem schuldigen Respekt: Ich weiß nicht, wo da das Missverständnis sein soll; denn eine Presseerklärung besteht - jedenfalls nach meiner wirklich vieljährigen Erfahrung - nicht nur aus einem Titel, sondern da wird ja auch irgendwie ein Text drunter sein, und in diesem Text, unterstelle ich mal - ich kenne ihn nicht; ich behaupte das einfach mal so ins Blaue hinein -, wird ja dann auch diese Sache ausgeführt worden sein. Aber ich meine - - Wie das ja jede Zeitung macht: Die macht da erst mal einen entsprechenden Aufmacher, und dann wird das in dem Text weiter erläutert. Und ich kann mir vorstellen, dass das in einer solchen Presseerklärung genauso gewesen ist; denn da waren ja natürlich selbstverständlich bei einer Presseerklärung auch die zuständigen Presseleute mit dabei, und die wissen doch, wie so eine Presseerklärung gemacht wird.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ja, natürlich weiß ich das, wobei eine Presseerklärung natürlich was anderes ist wie ein reißerischer oder aufmachender Artikel in einer Zeitung, der ja dann auch noch mal ein Ergebnis vielleicht von Presseklärungen ist. Es verwundert mich aber schon, weil es natürlich missverständlich ist. Es bezieht sich auf eine Studie, die sich ja überhaupt nicht mit Gorleben beschäftigt, und es ist die Presserklärung zu den Ergebnissen dieser Studie. Von daher ist es natürlich deutlich missverständlich. Zumindest verstehe ich das nach wie vor so.

Aber Sie sagen, das war damals die Linie auch des Hauses, und das war üblich, und das war jetzt nicht irgendein Anlass zur Debatte, auch vielleicht im Nachgang, oder einer kritischen Auswertung oder so was?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Was fange ich mit einer Überschrift einer Presseerklärung „Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts!“ an? So! Fragezeichen! Der ganze Artikel hat mit den Hasen überhaupt nichts zu tun.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay, keine weiteren Fragen.

¹² Richtigstellung des Zeugen: streiche „grüner Presseerklärung“, setze „Presseerklärung der Grünen“, Anlage

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, danke schön. - Dann geht das Fragerecht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Dr. Matting, guten Abend!

Also, ich möchte auch noch mal an dieser Pressemitteilung - - Weil, es geht - da haben Sie völlig recht - natürlich nicht um eine Überschrift, die zusammenhanglos im Raum steht, sondern selbstverständlich wird das anschließend gefüllt. Und es kommt - - Im ersten Absatz gibt es eben diesen Satz als Zitat:

„Die Untersuchungsergebnisse der BGR zeigen für mich, dass es keinen Grund gibt, nach Ersatzstandorten zu suchen. Gorleben bleibt erste Wahl“, erklärte Ministerin Merkel.

Als wir Herrn Bloser gefragt hatten, ob das von ihm stammt, sagte er ja, er hat die Pressemitteilung vorbereitet, den entsprechenden Satz aber nicht geschrieben. Und dieser Satz, glaube ich, kann nicht von einem Pressereferat stammen; denn dieser Satz geht deutlich über das hinaus, was ansonsten in dieser Pressemitteilung steht. Und so eigenständig sind Pressereferate meiner Kenntnis nach nicht, dass sie etwas dazuschreiben, was sich im Inhalt ansonsten nicht wiederfindet. Ohne Absprache macht man das nicht. Also das wäre ein sehr eigenartiges Pressereferat. Deshalb muss ja irgendjemand diesen Satz entweder legitimiert haben oder selbst geschrieben haben.

Ich will jetzt gar nicht von Ihnen wissen, wer der das vielleicht geschrieben haben könnte. Ich möchte nur eine klare Aussage, dass dieser Satz nicht von Ihnen war oder dass er von Ihnen war. Also: Haben Sie ihn geschrieben oder nicht? Aus Ihren bisherigen Aussagen würde ich vermuten, nein. Aber das möchte ich einfach gerne hören.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Gut, ich bleibe bei meinem Nein.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das reicht mir, danke. Das ist eine gute Antwort.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Aber ich sage mal - - Ich meine, Entschuldigung, nur eine kleine Fußnote noch: Selbstverständlich, wenn Presseerklärungen vorbereitet werden, redet man ja miteinander, und insoweit mag es durchaus sein, dass der Bloser oder meine Wenigkeit oder wer auch immer mit der zuständigen Leiterin des Pressereferates geredet hat, und dann ist das sozusagen in Teamwork so entstanden. Also, wenn Sie sich wundern, dass da Passagen dabei sind, die mehr in Richtung Fachkunde gehen als Kenntnis - wie soll ich sagen? - der öffentlichen Befindlichkeit, dann mag das natürlich sein, dass man selbstverständlich mit dem Pressereferat geredet hat, und ich kenne ja die Leiterin des Pressereferates aus der damaligen Zeit. Wir hatten also auch persönliche Kontakte, und ich meine, von daher wundert es mich nicht, dass wir darüber auch mal gesprochen haben könnten.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, ja gut. Das ist ja jetzt wieder eine andere Aussage. Also, Herr Bloser hat es weit von sich gewiesen, dass er mit dem Zustandekommen dieses Satzes irgendetwas zu tun hatte. Sie weisen das jetzt nicht mehr weit von sich. Könnte sein? - Gut.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ich will nicht lügen. Ich schließe das jedenfalls nicht abschließend aus, aber dass ich das konkret formuliert hätte, weiß ich nicht. Aber, wie gesagt, ich sehe in dieser Überschrift „Gorleben bleibt erste Wahl“ ein politisches Statement, gegen das nichts, aber auch gar nichts einzuwenden ist.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, es ging aber jetzt nicht um die Überschrift in unserer kleinen Diskussion, sondern eben um diesen Satz in der Mitte des ersten Absatzes, der dann zu dieser Überschrift geführt hat. Aber das haben wir ja jetzt geklärt, soweit sich das klären lässt. Vielleicht haben Sie darüber mit dem Pressereferat geredet.

Jetzt möchte ich noch auf Ihren Eingang eingehen. Sie fordern ja von mir noch eine Erklärung. Sie haben mir ja verleumderische Beleidigungen vorgeworfen. Ich möchte dazu sagen, dass es nicht der richtige Begriff ist,

den Sie da benutzen; denn zu diesem Zeitpunkt, als wir das geschrieben haben, waren alle hier der Meinung, dass in diesem Text dieses Wort „nehmen“ heißt und nicht „suchen“.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Nein!)

- Alle, die sich dazu geäußert haben, waren der Meinung, dass es das heißt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich möchte darum bitten, dass Frau Kotting-Uhl jetzt ausreden darf.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alle, die sich dazu geäußert haben.

(Zurufe von der CDU/CSU)

- Das Wort habe ich. Bitte, Frau Vorsitzende.

Derjenige, der den Vorhalt gemacht hat, der Herr Edathy; der Zeuge, der den Vorhalt vorgelegt bekommen hatte, hat zumindest zu dem Zeitpunkt da auch keinen Widerspruch dazu gehabt. Ich muss sagen, unabhängig von dem Herrn Edathy: Ich hatte das auch gelesen. Ich habe es auch als „nehmen“ gelesen. Also kann von Verleumdung oder Beleidigung überhaupt keine Rede sein, sondern das war der Sachstand, der erkennbare, zu diesem Zeitpunkt, als wir das geschrieben haben.

Und es gab keine grüne PM. Das sind meine Berichte, die wir jedes Mal machen und die dann auf der Homepage stehen, die man sich da natürlich anschauen kann. Aber eine PM, wie Sie jetzt mehrmals gesagt haben, gab es dazu nicht.

Ich sehe keinen Anlass, mich für etwas zu entschuldigen, was damals völlig richtig war, und ich will noch etwas dazu sagen. Frau Vogt sagte ja vorhin: Na, wir hätten das ja jetzt geklärt, dass es „suchen“ heißt. - Ich bin nach den heutigen Vorgängen nicht innerlich überzeugt, dass es geklärt ist; denn Sie haben ja diesen Brief von Herrn Kühne gelesen gehabt, in dem Herr Kühne schreibt, das heißt „suchen“ und nicht „nehmen“. Wir wollten ja von Ihnen eine unbeeinflusste, unbelastete Aussage, dass Sie diesen Text - - dass Sie das vorgehalten bekommen und dann sagen: Ja klar, das heißt dieses oder jenes. - Also insofern, da das jetzt nicht so war, wie wir uns das vorgestellt hatten, sondern dank einer Vorbereitung, die so eigentlich nicht zulässig ist, dass ein Zeuge dem

anderen Dinge überreicht, die der Zeuge eigentlich nicht haben darf, muss ich sagen, ist für mich diese Aussage so nicht verwertbar, und auch deshalb sehe ich jetzt keinen Grund, mich zu entschuldigen.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Also, da werden Sie mir, denke ich, Frau Vorsitzende, das Recht einräumen, als Betroffener dazu was zu sagen.

Frau Kotting-Uhl - -

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das haben wir
doch schon gehört!)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch schon was dazu gesagt.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Nein, zu Ihnen will ich jetzt was sagen. Sie haben mich eben da noch mal sozusagen in den Senkel zu stellen versucht, und dagegen verwahre ich mich. Mit so einer billigen Erklärung bin ich nicht zufrieden.

Sie stellen mich hier vor der gesamten Nation und möglicherweise weltweit bloß, indem ich hier Anweisung gegeben habe - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So groß ist das Interesse an meiner Homepage nicht.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, ich beziehe mich hier auf dieses Papier aus dem Internet. Da ist nichts jetzt irgendwie um die Ecke an Informationen gegangen, sondern das kriege ich aus dem Internet. Und da steht dann eben hier drin, dass ich - - Hier mindestens gerüchteweise:

Herr Kühne bestritt vehement, dieser Anweisung Folge geleistet zu haben.

So!

Vor dem Hintergrund der unauffindbaren Protokolle zu den Energie-Konsensgesprächen im Dezember 1996 ... drängt sich ein gewisser Eindruck auf, dass das Nichtvorhandensein bestimmten Akten im BMU kein Zufall ist, sondern Methode hat.

Das ist doch eine schlichte Unverschämtheit. Entschuldigung!

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Ja, und was war
das heute hier?)

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Matting, das hat sich aber heute - - Der Verdacht hat sich heute aber noch mal ein Stück weit verstärkt. Das muss ich schon sagen.

(Zuruf des Abg. Franz Obermeier
(CDU/CSU))

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Matting, ich würde sagen, dass wir jetzt auch diese Frage noch mal erörtert haben zwischen der Kollegin Kotting-Uhl und Ihnen. Was Sie für weitere Schritte einleiten werden, wie Sie diese Problematik weiter verfolgen oder eben auch nicht, liegt ja bei Ihnen, und dann werden wir sehen, wie man weiter damit umgeht.

Ich möchte jetzt aber am Ende dieser einen Berliner Runde unsere Sitzung für heute schließen, unsere öffentliche Sitzung, möchte diese Sitzung auch formal abschließen, Sie zugleich aber, Herr Dr. Matting, darauf aufmerksam machen, dass es nicht unwahrscheinlich ist, dass Sie erneut geladen werden, weil es sein kann, dass die Kolleginnen und Kollegen über diese eine Berliner Runde hinaus noch weitere Fragen an Sie haben werden.

Dennoch sollten wir diese Sitzung heute formal abschließen, und deshalb will ich Ihnen sagen, dass das Sekretariat Ihnen das Protokoll so bald wie möglich übersendet. Sie haben die Möglichkeit, wie Sie wissen, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie noch weitere Fragen an uns?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Ja, nämlich die Frage, Frau Vorsitzende, zu welchem Gegenstand ich dann zum dritten Mal ver-

nommen werden soll. Das ist mir nicht ganz klar.

Ich bedaure, dass meiner Bitte für die heutige Sitzung im Grunde überhaupt nicht entsprochen worden war. Ich hatte damals gebeten - - Als mir am 2. Februar gesagt wurde, ich hätte damit zu rechnen, hier noch mal vorgeladen zu werden, hatte ich darum gebeten, mir doch mal die Themen zu konkretisieren, dass ich mich dann auch etwas zielgerichteter vorbereiten kann. Und was kommt dann? - „Vorgänge um die Jahre 96/97“. Ja, was soll ich damit anfangen? Das ist im Grunde unzumutbar.

Und dann kommt hier noch mal: „BGR-Studie: Endlagerung stark Wärme entwickelnder radioaktiver Abfälle in tiefen geologischen Formationen ... Untersuchung und Bewertung von Salzformationen ... 95“. Ja, was soll ich damit anfangen? Ging es um die Studie, oder ging es da um die Presseerklärung? Ich meine, hier werden doch Dinge miteinander verrührt, die weder in Ihrem Interesse noch in meinem Interesse sind. Wenn es wirklich - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Dr. Matting, da muss ich leider energisch widersprechen. Das obliegt dem Ausschuss. Der Ausschuss ist tatsächlich in seiner parlamentarischen Tätigkeit frei, Sie nach all dem zu befragen, was im Untersuchungsauftrag festgehalten wurde, und von daher kann es eben durchaus möglich sein, dass der Ausschuss Sie noch mal hören will, eben zum Untersuchungsgegenstand. Das können wir Ihnen leider nicht ersparen.

Wir werden Ihnen aber so bald wie möglich sagen, wann das sein wird. Deshalb bitte ich die Kolleginnen und Kollegen auch, noch einen Moment bitte im Raum zu bleiben, damit wir das im Anschluss in einer abschließenden Beratungssitzung noch mal eben miteinander beraten. Der Ausschuss wird Ihnen dann auch gerne sagen, wie das beim letzten Mal auch war, Themenfelder abzustecken - - Aber konkreter können wir leider nicht werden.

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Gut, dann - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es darüber hinaus noch weitere Fragen?

Zeuge Dr. Arnulf Matting: Dann werde ich demnächst auch sagen: „Mein Name ist

Hase, ich weiß von nichts!“ Gleiches Recht für alle!

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, das ist leider Gottes nicht mit Ihrem Status als Zeuge vereinbar; aber das diskutieren wir dann nächstes Mal.

Ich bedanke mich, dass Sie heute hier waren und uns zur Verfügung gestanden haben und uns Auskunft gegeben haben. Herzlichen Dank.

Ich bedanke mich herzlich beim Protokoll, schließe die öffentliche Sitzung und bitte die Kolleginnen und Kollegen darum, eben noch einen Moment hierzubleiben.

(Schluss: 20.07 Uhr)

Anlage**Dr. Arnulf Matting**

Deutscher Bundestag
 Leiter Sekretariat PA 25
 Herrn Dr. Eberhard Janß
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

1. Untersuchungsausschuss
 17. Wahlperiode

Eingang: **16. März 2012**

Tgb.-Nr. 488

Meine Zeugenvernehmung vor dem 1. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode am 1. März 2012, Geschäftszeichen PA 25 – 5432

Sehr geehrter Herr Dr. Janß!

[REDACTED]

S. 4 rechte Spalte 8. Zeile: Ganz klar gehört das „nicht“ – vom Stenografischen Dienst bereits mit einem [sic!] gekennzeichnet – gestrichen.

S. 5 linke Spalte 2. Zeile: ... tut mir leid .. [statt: tut uns leid]

S. 5 bitte wie folgt schreiben:

Aufgrund der Eignungshöflichkeit
 des Salzstockes Gorleben ist derzeit

- notabene derzeit –

die Erkundung anderer Salzstöcke
 nicht erforderlich.

S. 15 linke Spalte 6. Abs. von oben: bitte weglassen „gehabt hätte“. Also: Wenn ich diesen Vorgang nicht im Internet gefunden hätte, -

S. 15 linke Spalte 10. Abs. von oben. Bitte formulieren: Richtig. Haargenau so ist es gewesen.

S. 20 linke Spalte 3. Abs. von unten (eingerückter Text); es muss richtig heißen: Die erste Sitzung dieser sog. Verhandlungsgruppe ...

S. 26 rechte Spalte Zeile 1 meiner Aussage: Bitte das „Nein“ ersatzlos streichen.

S. 26 rechte Spalte Abs. 2 vorletzte Zeile: Bitte entweder „ja, was war denn das?“ streichen oder ersatzweise „ja, wann war denn das?“.

S. 26 rechte Spalte 3. Absatz meiner Aussage 4. Zeile: - wann war denn das? – statt - was war denn das –

S. 28 6. Zeile von oben: bitte statt „grüner Presseerklärung“ „Presseerklärung der Grünen“.

[REDACTED]

Dr. Arnulf Matting